NEUTRAL FREE PRESS Diese Wochenzeitung gibt's auch im **ABO! SEITE 15**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER Seite 6

Sacre du Printemps? Lieber nicht. Die Musiker Jens Fischer Rodrian und Äon im Interview, Seite 7

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 85 ab Samstag, 2. April 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

ZWEI JAHRE DEMOKRATIEBEWEGUNG



AUF ZUM 7.APRIL NACH BERLIN!

Von Anselm Lenz, Herausgeber der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand

Der Termin für die Abstimmung im Berliner Bundestag zur »Zwangs-Impfung« naht: Kommende Woche Donnerstag, 7. April 2022 ab 9 Uhr.

Familiendemonstrationen sollen am 6. April stattfinden sowie am Tag der Abstimmung ab dem ganz frühen Morgen. Im Falle einer Zustimmung wurden für den Abend des 7. April weitere unangemeldete Demonstrationen und sogar »totaler Widerstand« angekündigt.

Während 22 Länder das Corona-Regime völlig aufgegeben haben, darunter Dänemark, Finnland und Schweden, will die deutsche Bundesregierung unbedingt damit weitermachen, den Nürnberger Kodex, das Menschenrecht und das Grundgesetz zu brechen.

Denn am 7. April 2022 ab 9 Uhr will der nahezu gleichgeschaltete Bundestag einen »Impf«-Zwang beschließen. Die Zahl der in direkter Folge der Injektion ungetesteter und schädlicher Substanzen Getöteter und schwer Geschädigter steigt derweil immer weiter.

Ich fordere deshalb alle Einzelpersonen und Bündnisse der Demokratiebewegung auf, zum 6. und 7. April 2022 nach Berlin einzuladen, eigene Demonstrationen am Bundestag anzumelden oder sich den angemeldeten Demonstrationen anzuschließen, eigene Spontandemonstrationen nach Artikel 8 des Grundgesetzes durchzuführen und sich auch entschieden gegen die zur Unterdrückung des Volkes instrumentalisierten »Hygieneregeln« zur Wehr zu setzen.

Weiterlesen auf Seite 12

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 85. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

NICHTOHNEUNS.DE

Der Schwedische Weg

Der Preis der Republik geht an Henning Rosenbusch

LAUDATIO von Anke Behrend



Henning Rosenbusch ist Journalist und Fotograf. Er arbeitete für die Neue Presse Coburg und die Würzburger Mainpost. Mit seiner von Beginn an kritischen Haltung zum Umgang mit der Pandemie hätte er in Deutschland »gute Mine zum bösen Spiel« machen müssen.

Aber Henning Rosenbusch wollte sich nicht verbiegen, und so lebt er seit Sommer 2020 in Schweden. Von dort berichtet er über den entspannten Umgang der Skandinavier mit Gesundheit und Freiheit, die dortigen Maßnahmen und die Stimmung unter den Menschen. Die Diskrepanz zwischen den tendenziösen und verunglimpfenden Medienberichten über Schweden in Deutschland und der Realität ließen ihn immer wieder an seinem Berufsstand zweifeln.

Umso wichtiger ist Hennings Arbeit aus dem Exil für den Widerstand im deutschsprachigen Raum. Für seine Aufklärung nutzt er lediglich Twitter und Telegram, er schreibt für die *Nachdenkseiten*, war zu Gast bei *ServusTV* und berichtet auf zahlreichen Youtube-Kanälen von seiner derzeitigen Wahlheimat. Vielleicht ist Henning Rosenbusch bald eine feste Größe in den neuen Medien und ein für seine Seriosität und Ausgewogenheit hoch geschätzter DW-Kollege.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Henning Rosenbusch. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser!

iemlich komisch, so eine eitung ohne den letten Buchstaben des Alphabets. Den haben seit unserem Titel mit dem großen Initial mehrere namentlich bekannte Nato-Angriffs-Kriegsverbrecher verbieten lassen! Wegen der orro-eichen auf den russischen Panern.

Ob unsere "Hochbegabten" demnächst auch die anderen 23 Lettern verbieten wollen? Auch A und O verdächtig!

Ich meine: Diesen Nais, Militaristen und Antisemiten lauert die "Verschwörung" doch überall!

Я нейтрален, [Unterschrift]





A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

»Kinder und Schwangere zuerst«:

EINWURF *von Werner Köhne*

So lautete einst das Motto der Zivilgesellschaft bei Gefahr. Verbunden war damit die Forderung, die Schwachen als auch die für die Zukunft so wichtige Einheit für Reproduktion zu retten. Der Fall traf auf das Corona-Narrativ bekanntlich nicht zu: Kinder und Schwangere bildeten die am wenigsten gefährdeten Gruppen.

Gleichzeitig erwies sich die Generation der über 80-Jährigen mit Vorerkrankungen als gefährdet. Konkrete Maßnahmen zum Schutz schienen also angebracht. Was aber in der allgemeinen Panik nicht wirklich geschah. Man hob vielmehr das Corona-Geschehen auf ein hysterisches Niveau, das jeden mit sich und seinen Ängsten zurück ließ und ein zutiefst beunruhigendes Bild nach sich zog: Es wurde eine Trennwand zwischen Opa und Enkelin verordnet. Dieses Bild wurde indes bewusst unter Verschluss gehalten, während die Bergamo-Bilder mit ihren Schreckensassoziationen massiv weiter gestreut wurden.

Was die Alten betraf, wurden sie sodann Opfer einer kruden Dialektik: Sie verloren ihren Status als Vermittler zwischen Vergangenheit und Gegenwart – mussten indes herhalten für Zahlen, mit denen man die Allgemeinheit der Anderen unter Kontrolle hielt. Irgendwo am Wertepol zwischen Fakten und Macht wuchsen sich dann die uns zugemuteten Statistiken (R-Faktor, Inzidenz) zu jenen Gespenstern aus, mit denen die »coronierte« Gesellschaft nun zu leben hat.

Als Filmemacher weckt das in mir Erinnerungen an eine filmische Dokumentation, die ich zusammen mit Moritz Enders für *ZDF/ARTE* gemacht habe. Der Film wollte Hintergründe des Papstattentates 1981 aufdecken. Unsere Recherchen trafen damals auf ein medial inszeniertes Narrativ, in dem Lügen, bewusstes Verschweigen und montierte Wahrheiten einen bestimmten Effekt erwirkten. Im damaligen Fall war es der den Russen zuarbeitende bulgarische Geheimdienst, der hinter dem Attentat stehen sollte. Was heute eindeutig widerlegt ist.

Was Corona angeht, so hat sich das Manipulationsprogramm um eine weitere Achseneinheit gedreht: die »Coronierten« sind bis ins Mark des Generationenvertrags Agenten eines Zivilisationsbruches geworden, in dem vor allem inszenierte Bilder die Wahrheit zur Verfügungsmasse verkommen lassen.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

DIE ZERSTÖRUNG DER VOLKSGESUNDHEIT

Die nächste mRNA-Gentherapie könnte das Immunsystem komplett ruinieren. | Von Markus Fiedler

Wir haben es bereits in den letzten Artikeln zur Gesundheit auf Seite drei ausführlich beschrieben: Die sogenannten »Impfungen« schützen weder vor einer Infektion, noch vor einem schweren Krankheitsverlauf nach einer Corona-Infektion. Die Gen-Impfungen haben hingegen einen sehr stark negativen Einfluss auf das Immunsystem.

Aus Statistiken ist deutlich abzulesen, dass die Impfungen eng mit Todesfällen korrelieren. Derzeit sind mit Stand vom 18. März 2022 europaweit 23.508 Patienten registriert, die im engen zeitlichen Zusammenhang an den Impfungen verstorben sind. Ein kausaler Zusammenhang ist sehr wahrscheinlich. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um den Faktor zehn bis 40 höher.

ÄRZTE VERSCHLEIERN IMPFNEBENWIRKUNGEN

Besonders zynisch ist es dabei, dass diese Todesfälle sehr häufig als Corona-Tote klassifiziert werden, obwohl ein zeitlicher Zusammenhang mit der Impfung auf der Hand liegt. Solange Angehörige aber nicht auf eine Obduktion bestehen, lassen sich die Todesursachen nicht sicher auf die Impfung zurückführen. Und nur dann wird (eventuell) auch die Impfung als Todesursache eingetragen. Es gibt darüber hinaus wenig Bereitschaft innerhalb der Ärzteschaft, Impfnebenwirkungen zu dokumentieren und zu melden. Anders herum reicht ein positiver Corona-Test aus, um Leichen als Corona-Tote einzuordnen. Dass diese Tests alles andere als verlässlich sind, haben wir auch schon in aller Breite diskutiert. Mit Wissenschaft hat das nicht viel zu tun.

Jetzt steht seit einiger Zeit die vierte »Impfung« im Raum. Nicht etwa eine neu entwickelte »Impfung«. Nein, es werden die gleichen Gen-Präparate verabreicht wie schon in den letzten 16 Monaten. Jeder halbwegs vernünftige Bürger sollte sich fragen, wieso er jedes Jahr ein neues Influenza-Vakzin bekommt, nicht aber bei Corona-Viren. Und das obwohl es sich in beiden Fällen um hoch mutationsfreudige RNA-Viren handelt.

INFLUENZA-IMPFUNGEN SIND AUCH UNBRAUCHBAR

Ganz nebenbei erfährt der wissbegierige Konsument, dass Influenza-Impfungen entgegen den blumigen Versprechungen weit entfernt sind von einer durchschlagenden Wirksamkeit. Die geringe Wirksamkeit ist dabei kein Ausrutscher in einem besonders schlechten Jahr, sondern es zeichnet sich ein über Jahre hinweg konstantes Bild ab. Im Jahreswechsel 2016/17 lag die Wirksamkeit der Impfung laut aerzteblatt.de bei nur knapp 47 Prozent. Es waren nach der Impfung also weniger als die Hälfte wirklich gegen Influenza geschützt. Im Jahr 2017/18 hatte die Influenza-Impfung sogar nur eine Wirksamkeit von 15 Prozent.

Im Klartext: Von 100 Geimpften hat diese bei nur 15 zu einem wirksamen Schutz gegen Influenza geführt. Im Jahreswechsel 2018/19 lag die Wirksamkeit der Influenza-Impfung bei den 15 bis 59-Jährigen bei 5 Prozent und bei der besonders »vulnerablen« Gruppe der über 60-Jährigen bei nur 4 Prozent. Nimmt man die Wirksamkeit der Genimpfungen gegen Corona genauer unter die Lupe, so fällt ihre Wirksamkeitsbilanz sogar negativ aus.

ENDLOSSCHLEIFE MIT GENTHERAPIE

Inzwischen zweifelt sogar der Pfizer-Chef Albert Bourla am mRNA-Konzept. Er rät aber trotzdem zur vierten »Impfung«. Da fragt sich der geneigte Leser, wie man zu so einer Schlussfolgerung kommen kann. Daten aus Israel zeigen das Gegenteil: Je häufiger Patienten mit den Genmanipulationsspritzen von Pfizer, Moderna und Co. behandelt wurden, desto schlechter der Zustand ihres Immunsystems. Hier sei ein Zitat zum Thema Wah nsinn von Albert Einstein erwähnt, Nobelpreisträger und genialer Physiker des 20. Jahrhunderts: »Das Gleiche immer und immer wieder tun und ein anderes Ergebnis erwarten.«

Nach dieser Definition sind eine ganze Reihe an Politikern, allen voran Karl Lauterbach, dem Wahnsinn verfallen, denn sie empfehlen – vollkommen abseits von wissenschaftlichen Datenerhebungen – gebetsmühlenartig diese angeblich so heilbringende »Impfung«. So warb er laut einem Artikel vom 10. März 2022 vom Ärzteblatt erneut für die als Impfung getarnte Genmanipulation, und das obwohl er von den desolaten Daten aus Israel wusste und das am 16. Februar 2022 auch so getwittert hat.

KLINIKEN VOLL MIT GEIMPFTEN

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass sich die Intensivstationen der Kliniken mit mehrfach Geimpften füllen. Selbst der MDR erkennt hier einen dramatischen Trend. Aber das ändert nichts am Weg der Politik. Beratungsresistent machen die Protagonisten weiter mit ihrem Plan zur Einführung der Impfpflicht.

Es verfestigt sich der Eindruck, dass es hier nicht um Volksgesundheit, sondern um etwas ganz anderes, nämlich um die gezielte Schädigung der Bevölkerung mit den neuartigen Genpräparaten und die digitale Erfassung des Bürgers in einem Impfregister gehen könnte.

Schöne neue Corona-Welt.

Dieser Artikel ist online mit allen Quellenangaben unter demokratischerwiderstand.de/artikel nachlesbar.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

Niemand versteht mehr die Logik des »Impf«-Regimes. *Foto: Sandra Doornbos*

MELDUNG

HAMBURG NUR NOCH »CORONA-HOTSPOT«

Hamburg/DW. Mit 79 zu 19 Stimmen hat die nahezu gleichgeschaltete Berufsrepräsentation für Hamburg am Mittwoch den weiteren Niedergang der Stadt beschlossen. Unter dem Stichwort »Corona-Hotspot« soll das Unterdrückungs- und Zerstörungsprogramm jeden zivilen Lebens in der einstigen Hansestadt freiwillig weiterlaufen, weil das Bundesgesetz ausläuft. Hamburger Bürgerinitiativen kündigten laut Meldungen den »totalen Widerstand« und »Kampfbereitschaft mit allen Mitteln« gegen die menschenrechts- und verfassungswidrige Terrorherrschaft an. (ale)

ALLES MUSS RAUS

Berlin/DW. Bundesgesundheitsminster Karl Lauterbach (SPD) sitzt laut Medienberichten auf vielen Millionen Impfdosen, die in den kommenden Wochen und Monaten verfallen. Auf einer Pressekonferenz am Mittwoch, den 30. März 2022 sprach er sich deshalb für die europaweite Viert-Spritze aus. Er wolle einen dementsprechenden Vorschlag in der EU einbringen, so der SPD-Politiker.´

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	Ø 2016-19	2020	2021	2022
Jan.	86.964	84.980	106.579	88.407
Feb.	85.543	80.030	82.090	81.510
Mär.	90.112	87.396	81.798	
Apr.	76.367	83.830	81.710	
Mai	75.132	75.835	80.816	
Jun.	70.411	72.159	76.726	
Jul.	74.016	73.795	76.600	
Aug.	73.650	78.742	76.334	
Sep.	69.790	74.243	77.758	
Okt.	75.523	79.781	84.850	
Nov.	75.569	85.989	93.524	
Dez.	82.570	108.329	102.396	
insgesamt	909.389	985.572	1.021.181	169.917

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.



Es reicht ein für alle Mal: Demokraten wollen das Impf-Regime endgültig beenden. *Foto: Sandra Doornbos*

MELDUNG

POLITISCH MOTIVIERTE KÜNDIGUNG

München/DW. Weil er sich nicht von Putin distanzierte, feuerte der Münchner OB Dieter Reiter den Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker Valeri Gergiev, der weltweit eine hohe Reputation genießt. Die rechtlichen Konsequenzen könnten Dieter Reiter nun von seinem hohen Ross stoßen. Der Münchner Rechtsanwalt Peter Solloch stellte Strafanzeige wegen Nötigung und begründete dies damit, dass sich aus dem Vertrag »kein Anspruch gegenüber einem Künstler (ergibt), dass dieser öffentliche Erklärungen mit einem politischen Inhalt abgibt. Schon gar nicht solche, die von seinem Dienstherren vorgegeben werden und letztlich die Unterwerfung unter seine politische Linie darstellen.« (nir)

DEMOKRATIE HIESS DOCH HERRSCHAFT DER MEHRHEIT?

Saarbrücken/DW. Bei der Landtagswahl im Saarland am 27. März 2022 haben nur drei Parteien die 5-Prozent-Hürde geschafft: SPD, CDU und AfD. Die vormalige Regierungspartei CDU unter dem Corona-Hardliner Thomas Hans verlor 12,2 Prozent der Stimmen. Die SPD bekam 196.799 Stimmen von 746.306 Wahlberechtigten (26,3 Prozent), was ihr die alleinige Parlamentsmehrheit mit 29 von 51 Sitzen sicherte. Die Linkspartei verlor nach dem Austritt von Oskar Lafontaine 10,2 Prozent der Stimmen im Vergleich zur letzten Wahl und zieht mit 2,6 Prozent wohl nicht mehr ins Parlament ein. Die Wahl hatte eine Beteiligung von nur rund 60 Prozent, was die Nichtwähler zur stärksten Bevölkerungsfraktion macht. 22,3 Prozent der Stimmen entfielen auf Parteien, die nicht ins Parlament einzogen. Kritiker ziehen die demokratische Legitimität des Parlaments und der neuen Landesregierung in Zweifel (hes).

EINGEFRORENER KONFLIKT

Das Regime pausiert den Corona-Krieg, aber geht noch auf die Kinder los. Union und SPD klären den Impfzwang unter sich. | Von Hendrik Sodenkamp

Zum Wochenende fällt in den meisten Bundesländern der Großteil der Corona-Maßnahmen weg. Widerwillig reagieren die Landesfürsten auf die gesellschaftliche Stimmung und den Krieg nach Außen gegen Russland. Doch mit der derzeitigen Rechtslage kann jederzeit wieder durchgegriffen werden.

Manch einer reibt sich verdutzt die Augen: Ist es das jetzt gewesen? Zum Wochenende enden in den meisten Bundesländern die 2/3-Regeln. Auch die Maske kann feierlich verbrannt werden, wenn man vorerst auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und Arztbesuche verzichten kann. Die Bundesländer Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern aber erklären ihre Bundesländer wahnhaft insgesamt zu einem »Hotspot«, womit sie weiterhin an den 2/3G-Regeln und der Zwangsmaske festhalten können. Diese Möglichkeit gibt ihnen das neue Infektionsschutzgesetz, das am 19. März 2022 beschlossen wurde. Die anderen Bundesländer warten ab, ob diese Regelung gerichtlich bestand hat, um dann auch selber davon Gebrauch zu machen.

Es sind weiterhin die Kinder, die neben Insassen von Gefängnissen und von Pflegeanstalten am meisten gequält werden. Zwar fällt weitestgehend die Maskenpflicht in den Schulen, aber das sinnlose und erniedrigende Testen geht überall munter weiter. Mit der einzigen Ausnahme von Schleswig-Holstein, wo die anlasslose Testpflicht beendet wird. Das Corona-Regime geht erneut in seinen Sommermodus über.

Man sollte genau hinhören, was die Herrschaften da von sich geben. So richtig glücklich darüber, dass die »Pandemie« jetzt vorbei sein kann, wenn man denn will, ist keiner der Landesfürsten. Durch die Bank beschweren sie sich darüber, dass sie nicht mehr in das Leben der Menschen eingreifen dürfen. Sollte die Nachfrage nach der Ausrufung einer neuen »Welle« da sein, um beispielsweise eine Oppositionsbewegung drangsalieren zu können, wird sehr schnell alles wieder von vorne anfangen.

Dass es an dieser Kriegsfront der Regierung etwas Entspannung gibt, liegt an den massenhaften Demonstrationen der Demokratiebewegung. Der Druck von der Straße war zu groß geworden, und nach mittlerweile jahrelanger Aufklärungsarbeit durch neue Medien leisteten sich auch die Konzern- und Regierungsmedien hie und da ein paar kritische Stimmen. Es bröckelte in den Bunkern der Macht an allen Ecken. Dann kam die Eskalation in der Ukraine und die Aufrüstung der Bundesrepublik. Einen Zweifrontenkrieg kann sich diese Regierung nicht leisten, weshalb sie nun den Corona-Schauplatz vorerst einfriert, oder anders, auf kleiner Flamme köcheln lässt.

IMPFZWANG WIRD IM HINTERZIMMER ENTSCHIEDEN

Bleibt akut noch der Impfzwang. Der unter Korruptionsverdacht stehende neue Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte vollmundig die Spritzen für alle angedroht, doch nach derzeitigem Stand fehlt ihm die Mehrheit dafür in den Reihen der Regierungskoalition. Er ist auf die Stimmen der CDU/CSU angewiesen, die unter dem Lobbyisten Friedrich Merz zu einem taktischen Kniff griff. Scholz hatte die Impfzwang-Entscheidung, um seine Koalition zusammenzuhalten, zur Gewissensfrage ohne Fraktionszwang erklärt, doch CDU/CSU trat geschlossen mit einem eigenen Gesetzesvorschlag auf, um sich selbst eine starke Verhandlungsposition zu geben. Laut Informationen des Handelsblatts soll es in diesen Tagen zu Verhandlungen im Hinterzimmer zwischen CDU/CSU und SPD kommen, wo sie die Möglichkeiten des Impfzwangs unter sich ausmachen. Es ist mal wieder die Große Koalition am Werk.

Der Ausgang dieser Mauschelrunden ist bei Redaktionsschluss noch ungewiss. Die Union ist für eine Impfpflicht auf Abruf, mit dem Überwachungsinstrument Impfregister oben drauf. Letzteres lehnt die SPD bislang ab. Noch. Der Impfzwang für alle – in welcher Form auch immer – ist für den neuen Kanzler Olaf Scholz das erste große Projekt, das er nur zum Preis des Gesichtsverlustes aufgeben kann. Der Kanzler hat jetzt also die Wahl: Entweder er knickt vor dem Lobbyisten und Nato-Funktionär Friedrich Merz ein oder vor der Demokratiebewegung.

Die Demokratiebewegung wird am 7. April 2022 bei der Demonstration am Brandenburger Tor die Beantwortung der Frage sehen: Wird sich der Scholzomat ein Herz fassen und zum Wohl der Menschen endlich aufgeben?

ZWEI POLITISCHE GEFANGENE SIND WIEDER FREI

Die französische Anwältin Virginie Araujo-Recchia und der niederländische Aktivist Willem Engel wurden aus der Haft entlassen. | Von Maria Pia de Vos

Am 22. März 2022 wurde die Anwältin Virginie de Araujo-Recchia verhaftet. Die Französin, Mitglied der sogenannten Grand Jury, welche eine Beweisaufnahme zu den Verbrechen unter dem Stichwort Corona erhebt, wurde vom französischen Inlandsgeheimdienst (DGSI) in ihrer Wohnung festgenommen.

Ihre beiden kleinen Kinder mussten dabei zusehen. Erst drei Tage nach der Festnahme kam die Anwältin wieder frei. Eine Anklage wurde nicht erhoben. Araujo-Recchia hatte zuvor mehrere Klagen gegen Medien eingereicht und ging rechtlich gegen Regierungsmitglieder in ihrem Land vor, welche den Impfpass empfohlen hatten. Sie klagte auch gegen Parlamentarier, die ein Gesetz zur Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ermöglicht hatten.

Der Anwältin wird vorgeworfen, in Aktivitäten von »rechter Verschwörung« und in eine »terroristische Vereinigung« verwickelt zu sein. Man beschuldigte sie, einen »Terroristen«, nämlich Rémy Daillet, vertreten zu haben. Daillet wird verdächtigt, Gewalt gegen das Ministerium für Gesundheit sowie gegen öffentliche Einrichtungen, Freimaurerlogen, Impfzentren und 5G-Antennen geplant zu haben. Die alleinige Beratung eines mutmaßlichen Täters sollte also reichen, eine Anwältin hinter Gitter zu bringen. Offenkundig war dies nicht haltbar.

SPRECHVERBOT UND FALSCHE VORWÜRFE

Der niederländische Aktivist Willem Engel ist ebenfalls wieder frei (DW berichtete in Ausgabe 84). Er wurde am vergangenen Mittwoch nach zwei Wochen Untersuchungshaft aus dem Gefängnis in Rotterdam entlassen. Bedingung für seine Entlassung ist, dass Engel auf Äußerungen in den sozialen Medien verzichtet. Die Richter drohten, falls er sich nicht an diese Auflage halte, werde er für weitere 90 Tage inhaftiert werden. Davon ist jedoch nicht auszugehen, denn es war Engel selbst, der den Vorschlag für diese Auflage machte. Willem Engel ist der Gründer der Organisation »Viruswaarheid«. Seiner Verhaftung vor zwei Wochen vorausgegangen war eine Strafanzeige von dem Privatmann Norbert Dikkeboom. Die Vorwürfe lauten hier: Volksverhetzung, Verbreitung von medizinischen Falschinformationen, Aussagen mit terroristischen Inhalten sowie Veruntreuung von Spendengeldern. Willem Engel weist all diese Anklagepunkte als unwahr zurück. Der Prozess soll im Juni beginnen.

Engel hatte während der 14 Tage im Gefängnis Tausende Briefe von Unterstützern erhalten. Auch hatten Zehntausende Menschen in den Niederlanden und weltweit für seine Freilassung protestiert. »Bleibt friedlich, in der Liebe und gebt nicht auf«: Das ist nach wie vor Engels Botschaft.



Von Angesicht zu Angesicht: Demokraten ziehen vor Gericht. Foto: Sejla Vie

Aufrechte, Angreifer und Aluhüte!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Der Mensch ist bekannterweise moralisch flexibel – bis auf ein paar wenige Ausnahmen, die ihresgleichen suchen können. Glücklicherweise zeigt sich dieses Phänomen derzeit so gehäuft, so öffentlich, so schambefreit wie selten zuvor. Ob hier oder anderswo, es lassen immer mehr Menschen erkennen, wie wenig Charakter sie besitzen.

Und da Unternehmen bekannterweise (noch) von Menschen geleitet werden, sind diese ebenso »anpassungsfähig« an ihr umgebendes Biotop. Der Schokoladenhersteller Ritter Sport zum Beispiel scheint ein solcher Fall zu sein. Noch zu Beginn der Corona-Impfkampagne brachte der Konzern eine Sonderedition mit dem Namen »Impfstoff« heraus – und erhielt viel Zuspruch und Beifall der führenden Propaganda-Medien und ihren Lemmingen. Da die Russland-Ukraine-Krise die Testpandemie als perfektes Ablenkungsmanöver gerade ablöst, ist von oben eine neue Solidarität gefragt: Keine Geschäfte mehr mit Russen.

Und siehe da! Da macht Ritter Sport plötzlich nicht mehr mit. Das Unternehmen liefert nach wie vor nach Russland. Laut Medienberichten habe es sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Ein Stopp der Lieferungen hätte zur Folge, dass die Produktion drastisch heruntergefahren werden müsste, und das hätte auch ernsthafte Auswirkungen auf das unabhängige, mittelständische Familienunternehmen.

IM WESTEN VIEL NEUES

Ein Blick über den Tellerrand in Richtung USA brachte auch so manchen Aluhut zum Glühen. Die vielfach belächelten »Verschwörungsideologen« scheinen mal wieder in ihren Prognosen richtig gelegen zu haben. So plauderte kürzlich Joe Biden, Präsident der USA, ganz offen über Zukunftspläne: »Jetzt ist die Zeit, in der sich die Dinge ändern. Es wird eine neue Weltordnung (New World Order, NWO) da draußen geben und wir müssen sie führen und den Rest der freien Welt vereinigen.« Und während »Sleepy Joe« den Auftrag der globalen Finanzkabale zur Realität werden lassen möchte, zeigte der Gouverneur von Florida Ron De Santis der linksideologischen Welt, wo der Frosch die Locken hat.

Nicht nur, dass dieser Mann die Menschen in seinem Staat vor dem Corona-Wahnsinn bis heute schützt und evidenzbefreite Maßnahmen ablehnt, nein. Er widersetzt sich dem ganzen ideologischen Terror der Linksextremisten (selbsternannte »Demokraten«). Jetzt stoppt er den Gender-Gaga. So aberkannte De Santis der Transgender-Schwimmerin Lia Thomas den Turnier-Sieg als Frau in seinem Bundesstaat. Außerdem legte er sich mit Disney an und brachte ein neues Gesetz auf den Weg, das die Indoktrinierung von Kindern mit »linkem« Sexualverständnis verbietet.

Auslöser war laut Berichterstattung eine verdeckte Aktion gegen Menschenhandel und Prostitution. Unter den Festgenommenen waren vier Disney-Mitarbeiter, einer davon ein mutmaßlicher Kinderschänder. Ausgerechnet vom Disney-Konzern gab es keine Unterstützung für das Gesetz. Im Gegenteil. Der CEO Bob Chapek prangerte es an und soll sich sogar persönlich bei De Santis darüber beschwert haben.

AN ALLE VERRÄTER: KARMA KOMMT SPÄTER

Und so traf es jetzt auch einen legendären Schlagzeuger: Taylor Hawkins starb mit nur 50 Jahren. Er spielte 25 Jahre bei den »Foo Fighters« und wurde während der aktuellen Tournee tot in seinem Hotelzimmer aufgefunden. Laut Medienberichten habe er verschiedene Substanzen im Blut gehabt, Todesursache sei ungeklärt. Laut den Sozialen Medien allerdings hatte sich Hawkins erst kürzlich die Booster-Impfung gegen Corona geholt. Die typischen Nebenwirkungen kennen wir. Umso bitterer, denn die Foo Fighters spielten politisch korrekt nur noch für Geimpfte.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

KEIN FREEDOM DAY FÜR KINDER

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am 2. April 2022 laufen die meisten Corona-Maßnahmen aus, dann soll nur noch der »Basisschutz« gelten. Übersetzt bedeutet das, wesentliche Grundrechte bleiben dauerhaft eingeschränkt, ohne jede Rechtfertigung. § 28a Abs. 7 des Infektionsschutzgesetzes ermöglicht beispielsweise weiterhin eine Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr.

Was weit schwerer wiegt: Kinder dürfen und werden auch künftig in Schulen und Kitas mit Tests terrorisiert. Es wird nicht einmal mehr versucht, hierfür eine Begründung zu finden. Die Verantwortlichen machen, was sie wollen, ohne Evidenz, Sinn und Verstand. Da sich die Eltern zu wenig wehren, wird das Quälen der Kinder weitergehen. Auch die Maskenpflicht in den Schulen wird zurückkommen, dafür muss man kein Prophet sein. Die neuen Maßnahmen gelten bis zum 23. September 2022. Man muss davon ausgehen, dass dann zum Herbst wieder verschärft wird. Die Schuld hierfür wird man den Ungeimpften geben und die Geimpften gegen sie aufhetzen.

Als Rechtsanwalt sollte man sich sachlich ausdrücken, was mir zunehmend schwerfällt. Allerdings muss man die Dinge auch beim Namen nennen. Unsere Kinder wurden fast zwei Jahre lang durch eine Maskenpflicht gefoltert und gequält und sollen nun weiter mit Tests terrorisiert werden. Es gab und gibt keine Rechtfertigung für eine Masken- und Testpflicht bei Kindern. Da die Herrschenden die Generation der Erwachsenen noch nicht ganz »in den Griff bekommen«, versucht man einfach, die nächste Generation zu brechen und umzuerziehen.

Nein, es ist nicht normal, dass man Kinder dazu zwingt, sich zu maskieren und zu testen. Es ist die Spitze der Perversion in einer Gesellschaft, der offenbar nichts mehr heilig ist. Kinder sollen in einem Zustand der Angst aufwachsen und jeder noch so sinnfreien Maßnahme gehorchen.

Ich bin fassungslos, was in den letzten zwei Jahren aus meiner Heimat geworden ist! Der Ausnahmezustand ist zur Normalität geworden. Freiheit ist zu einem negativ besetzten Begriff geworden. An das Quälen von Kindern haben wir uns gewöhnt, und die Masse der Menschen schaut tatenlos zu. Warum? Solange wir Tests und Masken akzeptieren, solange wir dieses Spiel mitspielen, solange wird es in Deutschland keine Freiheit mehr geben.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



Maßnahmenverlängerung und Impfpflicht?

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

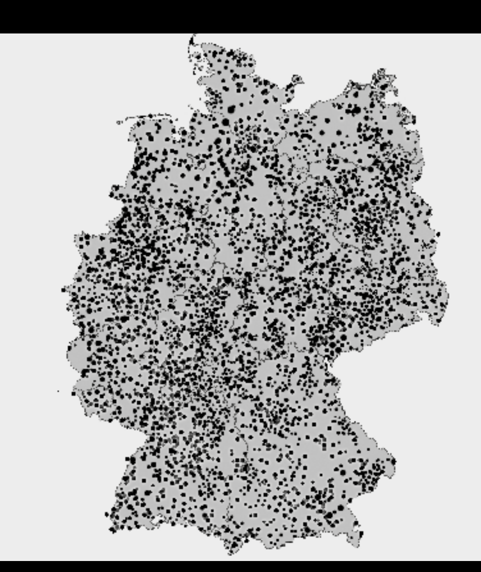
Am vergangenen Montag fasste die »Konferenz der Gesundheitsminister der Länder« einen Beschluss, in welchem über den 2. April 2022 hinaus die Maßnahmen verlängert werden sollen. Viele dachten hier, dass es also weiter geht mit den unverhältnismäßigen Maßnahmen.

Entwarnung: Das Wunschkonzert dieser Minister blieb ein frommer Wunsch nach Machterhalt. Denn hierzu wäre eine erneute Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch den Bundestag erforderlich gewesen. So war es dann auch ausgerechnet unser allseits betroffener Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, welcher der ganzen Wünscherei noch am selben Abend Absage erteilen musste. Danke Karl? Natürlich nicht, denn er musste ja auf die geltende Rechtslage hinweisen.

Allerdings forderte er im selben Atemzug die Bundesländer auf, von der sogenannten Hotspot-Regelung einen flächendeckenden Gebrauch zu machen. Er kann es halt nicht lassen. Das geschieht dann auch in einigen Bundesländern wie Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Andere wie zum Beispiel der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil haben regelrecht Angst vor kritischen Oberverwaltungsgerichten. Diese entscheiden nämlich am Ende, ob eine konkrete landesweite Gefahr für das Gesundheitssystem vorliegt und die Länder sich dementsprechend im Gesamten zum Hotspot erklären können. Es steht also die nächste Bewährungsprobe für die Richterschaft an. Und wir dürfen hoffen, dass sie dieses Mal – wie auch schon bei der Verkürzung des Genesenen-Status – ihren Job machen. Denn die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Und nicht zu vergessen ist, dass in der kommenden Woche eine Entscheidung des Bundestages zur allgemeinen Impfpflicht ansteht. Dieses Damoklesschwert hängt immer noch über allem. Und die Spatzen pfeifen es bereits von den Dächern: Da gibt es gefährliche Bewegungen der »pflichtbewussten« und im Wesentlichen rot-grünen Abgeordneten in Richtung der CDU. Hier droht am Ende ein fauler Kompromiss, der Millionen dann doch in die Impfung treiben soll. Und genau deshalb sollten wir weiterhin wachsam sein und dagegen auf die Straße gehen.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

ANKLAM, 18 Uhr, Marktplatz – BANNEWITZ, 19 Uhr, Markt – BERGEN AUF RÜGEN, 18 Uhr, auf dem Marktplatz – BLIESKASTEL, 18 Uhr, Rathaus – DELMENHORST, 18 Uhr, Graftwiesen – GEESTHACHT, Rathaus, 18 Uhr – GLAUBITZ, 18 Uhr, Drei Lilien – GOMMERN, Platz des Friedens, 18 Uhr – GUNTERSBLUM, 18 Uhr, Rathaus – HAUENSTEIN, 18 Uhr, Rathaus – KÖNNERN, Rathaus, 20 Uhr – KRÖLPA, 18 Uhr, Ampel – LÜTJENBURG, Altes Rathaus, 18 Uhr – MONSCHAU, 18 Uhr, Rathaus (Kerzen) – PELLWORM, Amt/Uthelandstraße 1, 18:45 Uhr – SAULHEIM/AZ, 18:30 Uhr, Bürgerhaus – SCHMALKALDEN, 19 Uhr, Altmarkt – SOLINGEN, 19 Uhr, Rathaus – WILLICH, 18 Uhr, Marktplatz – ZERBST, Markt, 18 Uhr

ALLEIN IN DER GEGEND UM AUGSBURG

BOBINGEN, 18 Uhr, Rathaus – FISCHACH, 18 Uhr, Rathaus – FRIEDBERG, 19 Uhr, Marienplatz – GERSTHOFEN, 19 Uhr, Rathaus – MERING, 19 Uhr, Rathaus – MERTINGEN, 19 Uhr Rathaus – NEUSÄSS,, 19 Uhr, Rathaus – SCHWABMÜNCHEN, 19 Uhr, Rathaus – UNTERMEITINGEN, 17 Uhr, RaiBa – WELDEN, 18 Uhr, Rathaus

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

2.4.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
2.4.2022 14-18 Uhr (jeder 1. Sa im Monat)	Berlin, Gesundbrunnen	Demo für einen freie Impfentscheidung und gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen – Wir sind Viele
2.4.2022 15-18 Uhr (jeden letzten Sa im Monat)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Demo für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und eine freie Impfentscheidung
2.4.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
2.4.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
2.4.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
2.4.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
2.4.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
2.4.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
2.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
2.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
2.4.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
2.4.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
2.4.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
2.4.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
2.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
2.4.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
2.4.2022 14-17 Uhr	Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz	Großdemo der Mitteldeutschen Initiativen – Freedom Day? April, April!
2.4.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
3.4.2022 14-17:00 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug – Umzug für die Opfer anhaltender staatlicher Willkür
3.4.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
3.4.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
3.4.2022 15-18 Uhr	Potsdam, Breite Straße/Dortustraße	Familienumzug – 99 Lufballons statt Masken und Maßnahmen
3.4.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
4.4.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang für die Republik
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
4.4.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
4.4.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
4.4.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
4.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
4.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz nahe Bahnhof	Montagsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
4.4.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Friedensplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
4.4.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang für die Republik
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
4.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
4.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
4.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang -Gemeinsam gegen Totalitarismus
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
4.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
4.4.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
4.4.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
4.4.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
4.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
4.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
4.4.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
4.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
4.4.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
4.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
4.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
4.4.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
4.4.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
4.4.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
5.4.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
5.4.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
5.4.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
5.4.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
5.4.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
5.4.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
6.4.2022 9-19 Uhr	BERLIN, RUND UM DAS REGIERUNGSVIERTEL	FAMILIENFESTE GEGEN DEN IMPFZWANG
6.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
6.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
6.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
6.4.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
6.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
6.4.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
6.4.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
6.4.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
7.4.2022 9-19 Uhr	BERLIN, RUND UM DEN BUNDESTAG	FAMILIENFESTE GEGEN DEN IMPFZWANG
7.4.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
7.4.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
7.4.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
7.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Do)	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
7.4.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
8.4.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
8.4.2022 15-17 Uhr	Fürstenberg/Havel, Markt	Schilderaktion und Kundgebung für den Erhalt der Grundrechte
8.4.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
9.4.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
9.4.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
9.4.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johnnes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
9.4.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
9.4.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
9.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
9.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
9.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
9.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
9.4.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
9.4.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
9.4.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
10.4.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Für die Freiheit: Auf die Straße«
10.4.202217-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
11.4.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Es kommt eine neue Zeit, Alter!

Der Wiener Deutschrapper Äon im Gespräch über satte Künstler, Sprachmanipulation und das revolutionäre Potenzial der heranwachsenden Generation. | Von Nicolas Riedl

Ist das Schweigen der breiten Mehrheit im Rap vielleicht ein dankenswertes Signal dafür, dass die Zeit vorbei ist, in welcher man darauf wartet, dass das eigene Idol tätig wird und man stattdessen selbst aktiv werden muss?
Neue Zeiten brauchen neue Rapper. Bei den nun etablierten Rapper ist es zumeist so, dass sie aus dem Dreck kommen und auf ihrem Weg nach oben viel Dreck gefressen haben. Wenn du es irgendwann geschafft hast, dann denkst du dir einfach nur noch »ich hab genug!«. Das ist eben auch eine Eigenheit des Kapitalismus. Wenn du es hoch geschafft hast, dann profitierst du eben auch von diesem System, wirst gemütlicher und weniger widerständig.

Ich finde das auch sehr schade aber ich kann es bis zu einem gewissen Grad verstehen. Manche Rapper haben trotz ihres Erfolges nicht für den Rest des Lebens »ausgesorgt« und wenn du dich dann zu diesen sensiblen Themen äußerst, riskierst du relativ viel. Du bringst damit eine gewaltige Medien-Maschinerie gegen dich in Gang. Einige Artisten sind an Verträge gebunden, haben große Vorschüsse kassiert und müssen entsprechend abliefern. Kritische, ungeimpfte Rapper gibt es dennoch mehr als man denkt – sie sagen das einfach nur nicht öffentlich.

Dein Künstlername geht auf die griechische Bezeichnung für »Zeitalter« zurück. Wenn du dir die heranwachsende Generation ansiehst, die mit TikTok, inhaltsleerem Junkie-Rap-Autotune-Gejaule und Hygiene-Wahnsinn sozialisiert wird; Wie kannst du mit Optimismus in die Zukunft blicken, wenn diese Generation die Gesellschaft von morgen gestalten wird?
Durch Verständnis. Aber klar, mir bereitet das auch große Sorgen, denn die Sozialisierung unserer Generation war deutlich anders als die der Millennials. Wir wissen vor allem nicht was diese Like-Kultur für Langzeitfolgen hat. Aber wenn sich Menschen ihre Bestätigung und Liebe nur von außen holen können, sehe ich große Probleme auf uns zukommen. Dennoch habe ich retrospektiv reflektiert, wie ich in meiner Jugend war. Ich hatte keinen Peil davon, wie die Welt funktioniert! Die Weisheit kam erst mit dem Alter, mit den Erfahrungen und den Enttäuschungen die man macht. Die Jugend hat jetzt noch diese rebellische Energie. Es bleibt abzuwarten, wie sich das verändert, wenn diese Generationen die ersten großen Enttäuschungen erlebt.

Du hast George Orwell auf deinem neuen Track eine Zeile gewidmet. Sprachreduktion- und Dekonstruktion als Machtmittel spielt in Orwells »1984« eine wichtige Rolle. Eine letzte Frage: Wird in naher Zukunft im Deutschrap gegendert werden?
Nein! Ganz intuitiv und ohne das zu analysieren komme ich zu dem Schluss, dass sich das nicht durchsetzen wird. Dafür ist die Wurzel von HipHop einfach zu stark.

Wenn du Rap konsumierst, kommst du während des Hörens in einen Film, der dich abholt. Würde man gendern, würde dich das aus diesem Film wieder raus reißen und dich wieder in die Welt bringen, der du mal für einen kurzen Augenblick entfliehen wolltest.

Die Fragen stellte Nicolas Riedl.


Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.

»Jetzt muss was passieren, sonst landen wir im Herbst wieder im Käfig«

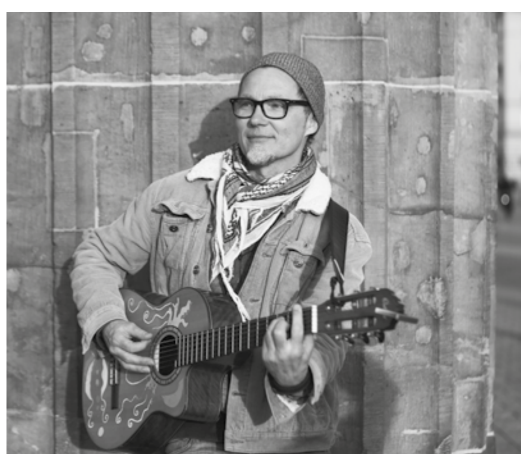
Der Widerstandsmusiker Jens Fischer Rodrian lebt die Veränderung vor und lädt dazu ein, eine Parallelgesellschaft aufzubauen, | INTERVIEW

DW: Was passiert gerade in deinem Leben?
Jens Fischer Rodrian: Mir schreiben gerade sehr viele Musiker, auch wegen dem neuen Album »Protestnoten« und dem neuen Buch »Armada der Irren« (DW-Bestsellerliste) – sie möchten sich aktiv vernetzen und Alternativen erschaffen. Ich bin froh darüber, dass sich endlich Parallel-Communities bilden, die für die Kunstproduktion immens wichtig sind. Es sind auch viele Leute dabei, die selbst keine Künstler sind, aber die Kunst vermissen. Ungeimpfte, aber auch Geimpfte, im wesentlichen Menschen, die diese Spaltung nicht mitmachen wollen, indem sie beispielsweise keine Konzerte besuchen, wo ungeimpfte Menschen ausgeschlossen werden.

Was müssen wir konkret tun, damit die Kunst wieder aufleben kann?
Die Demokratiebewegung würde massiv anwachsen, wenn Geimpfte und Ungeimpfte endlich gemeinsame Sache machen würden, wie in Italien oder in Frankreich. Da werden beispielsweise Cafés boykottiert, die die Segregation mitmachen. Menschen kampieren da vor den Lokalen und machen Picknick zusammen. Eine echte Solidarität unter den Menschen muss gelebt werden. Künstler müssen sich einfach trauen, trotz der Unterdrückung weiterhin aktiv zu sein, zum Beispiel ein Konzert zu geben, sei es in Wohnzimmern oder an versteckten Orten.

Kann man so etwas mit den Deutschen überhaupt anpacken?
Ich glaube, die deutsche Mentalität ist da tatsächlich eine andere. Aber auch hierzulande gibt es viele mutige Menschen, die schon eine neue freiheitliche Welt mitgestalten. Diese müssen sich vernetzen, sich gegenseitig unterstützen und die Veränderung leben. Jetzt muss was passieren, sonst landen wir im Herbst wieder im Käfig. Wir mit Protestnoten und »Menschlich wirtschaften« sind gerade mittendrin, etwas aufzubauen, dass sich widerständige Künstler und Veranstalter treffen können. Wir müssen eine Parallelgesellschaft erstellen, die autark weiter existieren kann. Von da aus können schöne Dinge entstehen.

Eine solche Parallelgesellschaft kann nur auf Basis einer eigenen Ökonomie funktionieren. Dezentrale unter uns anerkannte Tauschmittel sind hierfür unabdingbar. Würdest Du für ein Rodrian-Konzert Bitcoin oder Monero als Zahlungsmittel akzeptieren?
Wir dürfen uns nichts vormachen. Das System kann uns in Zukunft einfach den Geldhahn zudrehen, wenn wir uns nicht staatskonform verhalten. Wir sind aber


Jens Fischer Rodrian vor dem einstecken und aufdrehen der E-Gitarre.
Foto: Hannes Henkelmann

noch nicht an dem Punkt. Mein Aufruf an alle: Wir müssen jetzt in den nächsten Monaten das Zeitfenster nutzen, um das Ruder noch herumzureißen. Ich glaube, das können wir wirklich noch schaffen.

Und zu deiner Frage: Ich spiele so oft umsonst auf Demos (lacht), da würde es mir nichts ausmachen, auch Kryptowährungen zu akzeptieren. Ich bin in alle Richtungen offen. Wenn ich weiß, dass ich mit dem Geld dann bei einem Bäcker in Berlin Brötchen bekomme – warum sollte das nicht funktionieren?

Vielen Dank für das Gespräch, lieber Jens.

Die Fragen stellte Burak Erbasi.



SHOOTING THE MESSENGER

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Schuld ist der Überbringer der schlechten Nachricht. Stephan Kohn war bis Mai 2020 als Oberregierungsrat im Bundesinnenministerium (BMI) tätig. Sein Tätigkeitsbereich war die Abteilung KM, Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz, genauer das »Referat KM 4 Schutz kritischer Infrastrukturen«, in welchem er als dienstältester Referent tätig war.

Die Abteilung übt unter anderem die Aufsicht über das Technische Hilfswerk (THW) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) aus. Nachdem Stephan Kohn am 8. Mai 2020 den Auswertungsbericht »Coronakrise 2020 aus Sicht des Schutzes kritischer Infrastrukturen, Ergebnisse der internen Evaluation des Corona Krisenmanagements« als Vorabbericht und Gesprächsgrundlage an Beamte in leitender Funktion und Politiker versandte, wurde ihm die Führung der Dienstgeschäfte verboten.

Seine Absicht war die Verantwortlichen zu warnen, zu informieren. Andere Versuche zuvor blieben erfolglos. Das Verwaltungsgericht Berlin fällte am 16. März 2022 das folgende Urteil: Der Beamte Kohn wird aus dem Dienst entfernt, das Beamtenverhältnis aufgelöst. Eigentlich steht die Gewaltenteilung vor Gericht. Legislative, Exekutive und Judikative müssen unabhängig voneinander über gegenseitige Kontrolle funktionieren. Stephan Kohn hat seine Kontrollfunktion wahrgenommen. Er hat nach bestem Wissen und Gewissen seine ihm zugeteilte Arbeit gemacht. Mit unangenehmem Ergebnis für die Exekutive und die Legislative: Die beschlossenen Maßnahmen richten weit mehr Schaden an, als sie verhindern. Damit waren sie unverhältnismäßig und nicht rechtmäßig. Sein Bericht wurde geleakt, erreichte die Öffentlichkeit, nachdem er intern nicht beachtet wurde. Hier wird über weit mehr entschieden als über das Schicksal des Stephan Kohn. Funktioniert unser demokratisches Kontrollsystem, die Gewaltenteilung, tatsächlich noch oder unterstützen sich die Gewalten gegenseitig bei der Aufrechterhaltung dieser »Ausnahmeregelungen«.

Zum Schluss noch etwas zum Nachgrübeln: Der Inhalt und die Qualität des Berichtes stehen offenbar nicht zur Diskussion. Lag er womöglich richtig mit seiner Analyse?

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

»Wir können nicht alle Che Guevara sein ...«

Oder »... einer muss auch die Kartoffeln schälen!« | Von Hannes Henkelmann

Diesen weisen Spruch entdeckte ich auf einer Postkarte, die an einem Kühlschrank pappte. Grund genug, mit Dorothee, der Karten- und Kühlschrankbesitzerin, in ihrer Küche über Wurzeln, Weltbilder und die Charta der Vereinten Nationen zu plaudern.


Dorothee denkt beim Gärtnern und Tanzen auch an den Befreiungskampf.
Foto: Hannes Henkelmann

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Mein Name ist Dorothee, ich bin 58 Jahre alt. Und außerdem: Gärtnerin, Bäuerin, Tänzerin (Hobby) und auch Hausfrau, Mutter, Lebensgefährtin und hoffentlich manchen Menschen eine gute Freundin.

Wo sind Sie politisch verwurzelt?
Ich bin von einer christlich humanistischen Werteorientierung geprägt, die sich in den 80er Jahren in ein – um bei Etiketten zu bleiben — alternativ, friedensbewegtes, links-grünes, antikapitalistisches und gesellschaftskritisches Weltbild transformiert hat. Mir würde noch mehr einfallen. Aber Stopp! All diese politischen Gruppen und die vielen Demos damals haben mich dazu gebracht, neben der Kritik selbst etwas auf die Beine zu stellen. Und das hat auch ganz gut geklappt. Mein Mann und ich sind mittlerweile größtenteils Selbstversorger, haben Tiere und bauen Bio-Gemüse an. Und aus unseren Anfängen vor dreißig Jahren stammt die schöne Postkarte mit dem Che Guevara Spruch.

Und dann platzte Corona in Ihr idyllisches Leben. Wie kommen Sie damit klar?
Nach der allgemeinen Verunsicherung beim ersten Niederschluss habe ich eine intuitive Abneigung gegen die Maßnahmen entwickelt. Und später als die Impfpropaganda noch dazu kam, habe ich versucht, diese mit Informationen zu belegen. Dank an die vielen Menschen, die mir dabei geholfen haben. Drei Lehrer aus der 68er Generation haben mir kritisches Denken gelehrt, und Dank an die Herren Schreyer, Hockertz und Wodarg – um nur einige zu nennen — für ihre wichtige Aufklärungsarbeit.

Nicht zu vergessen: Ulrike Guerot. Sie schreibt in ihrem neuen Buch: »Wer schweigt, stimmt zu!« Ein Satz, der mir aus der Seele spricht. Oder: »Wer, wie ich, nicht in diesen Zug eingestiegen ist, hat das Zeitgeschehen von einer anderen Warte aus beobachtet und ist heute von der Gesellschaft entfremdet.« Exakt so fühle ich mich nach zwei Jahren der Diffamierung, Ausgrenzung, Diskriminierung und Pathologisierung.

Wir sprachen ja über mein Weltbild. Wenn ich jetzt daran denke, was mir in dieser Zeit passiert ist, dann ist mir meine eben beschriebene, politische Szene weggebrochen. Das passt nicht mehr. Links ist jetzt rechts und umgekehrt. Alles ist auf den Kopf gestellt.

Wie kommen Sie im Alltag mit den Regeln und der drohenden Impfpflicht zurecht?
Persönlich bin ich von den Maßnahmen und dem Impfdruck relativ wenig betroffen. Ich arbeite alleine und draußen, so dass ich auch die entsetzliche Maske nicht tragen muss. Zudem bin ich selbständig, mich kann niemand zur Impfung zwingen.Meine beiden Kinder stehen aber unter enormen Druck. Arbeitgeber und Schule drängen auf die Impfung. Meiner Tochter droht die Kündigung, mein Sohn fragt sich, ob er als Ungeimpfter überhaupt studieren kann. Wenn ich die beiden sehe, mache ich mir große Sorgen. Zum Glück bleiben sie stark und sagen nein zur Spritze.

Wie sieht es beim Ehemann und im persönlichen Umfeld aus?
Mein Mann und ich beurteilen die derzeitige politische Lage glücklicherweise ähnlich, auch wenn wir uns darüber streiten, wie wir mit dieser Situation und unseren Mitmenschen umgehen sollen. Wir gehen beide zu den hiesigen Grundrechtedemos, die mein Mann inzwischen mit großem Engagement mitorganisiert. Das sind übrigens die buntesten und friedlichsten Demos, an denen ich je teilgenommen habe. In meiner Verwandtschaft und im Freundeskreis gibt es die ganze Palette an Reaktionen auf meine Haltung. Zumeist wird das Thema aber vermieden, dadurch kam es immerhin noch nicht zu Kontaktabbrüchen. In meiner Tanzgruppe wird mein Ungeimpft-Status respektiert, so dass ich weiter mitmachen kann. Dafür bin ich dankbar. Trotzdem wird es nicht wirklich verstanden, dass das Tanzen zu Themen wie Nähe, Distanz, Grenzen und Kontakt, Angst und Freiheit unter 2G-Verordnungen schon absurd ist.

An manchen Tagen packt mich aber auch die Wut und die Empörung über den Phlegmatismus in meinem Umfeld. Und wenn ich dann so jemanden wie Joachim Gauck höre mit seinen dreisten Tipps an die Bevölkerung von wegen Frieren für die freie Ukraine, dann brauche ich viel Achtsamkeit, um keine Feindbilder zu entwickeln.

Jetzt haben Sie Gauck angesprochen. Was denken Sie über den Ukraine Krieg?
Ähnlich wie bei Corona hat man den Menschen eine moralisch solidarische Haltung verordnet. Die hat man einzunehmen. Basta. Ich mag das nicht. Bevor ich mir überhaupt ein Bild machen kann, bekomme ich auf allen Kanälen rund um die Uhr gesagt, wer gut und wer böse ist. Und natürlich sind wir die Guten.

Ich halte mich da lieber an die Charta der Vereinten Nationen. Von daher ist es ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, zu dem man aber die ganze Geschichte hören sollte. Nach Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen sollten wir wir wissen, dass Krieg keine Lösung ist. Deshalb sage ich Nein zu Aufrüstung und Krieg, Ungerechtigkeit und Doppelmoral. Ich bin nur etwas erschöpft.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

WOCHE UM WOCHE

Liebe Herausgeber, Redakteure, Gestalter, Korrekturleser, mit dem Versand Befassten, liebe alle! Erst bei dem Versuch, niemanden in meiner Anrede zu vergessen, wird mir klar, welch immenser Aufwand erforderlich ist, eine solch wunderbare Wochenzeitung auf den Weg zu bringen und so lange durchzuhalten. Seit über einem Jahr bestücke ich Woche um Woche mit meinem Mann circa 200 Leipziger Briefkästen, um wenigstens ein oder zwei Bürger pro Woche aufzuwecken. Nun habe ich unvergleichlich mehr Freude daran, den DW unter den Spaziergängern zu verteilen. Das erstaunte Augenaufreißen mit Übergang in strahlendes Lächeln angesichts der Erkenntnis: »Es gibt Widerstand, sogar demokratischen!«, das sind unbezahlbare Augenblicke und es haben sich schon viele schöne Gespräche mit wildfremden Menschen daraus entwickelt. Danke für Eure Arbeit, macht bitte weiter und seid alle ganz herzlich gegrüßt.
– Constanze D., Leipzig

LEITARTIKEL IN DW N° 82

Hervorragender Leitartikel, sehr geehrter Herr Sodenkamp! Für Ihren Leitartikel »Stoppt Impfzwang« möchte ich Ihnen höchstes Lob und Anerkennung aussprechen! Durch diesen und durch viele weitere Artikel im DW haben Sie den Olymp des Journalismus in Deutschland erklommen und Ihre Kollegen von *ZEIT*, *WELT*, *FAZ*, *FREITAG* weit hinter sich gelassen. Der Text ist ein mental und emotional intellektueller Genuss.
– ein begeisterter Leser

WIDERSTAND GEGEN KRIEGSTREIBER

Sie sind das einzige Medium, welches mit Konsequenz die demokratischen Grundrechte hochhält. Seit mehr als zwei Jahren hält uns ein diabolisches System in Atem. Es will Grundrechte auf Dauer einschränken. Es will demokratisch verfasste Staaten den fragwürdigen Zielen der internationalen Finanzoligarchen aus dem pharmazeutisch-industriellen und dem militärisch-industriellen Komplex ausliefern. Demonstranten und Spaziergänger, wendet den Blick auf die Kriegsvorbereitungen der Nato gegen Russland. Es darf nicht sein, dass die Kriegstreiber mit dieser Nummer durchkommen, den demokratisch verfassten Staaten den letzten Rest »Demokratie« wegzunehmen.
– Ralf Sch., Rüschlikon, Schweiz

AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Politik für die Großkonzerne

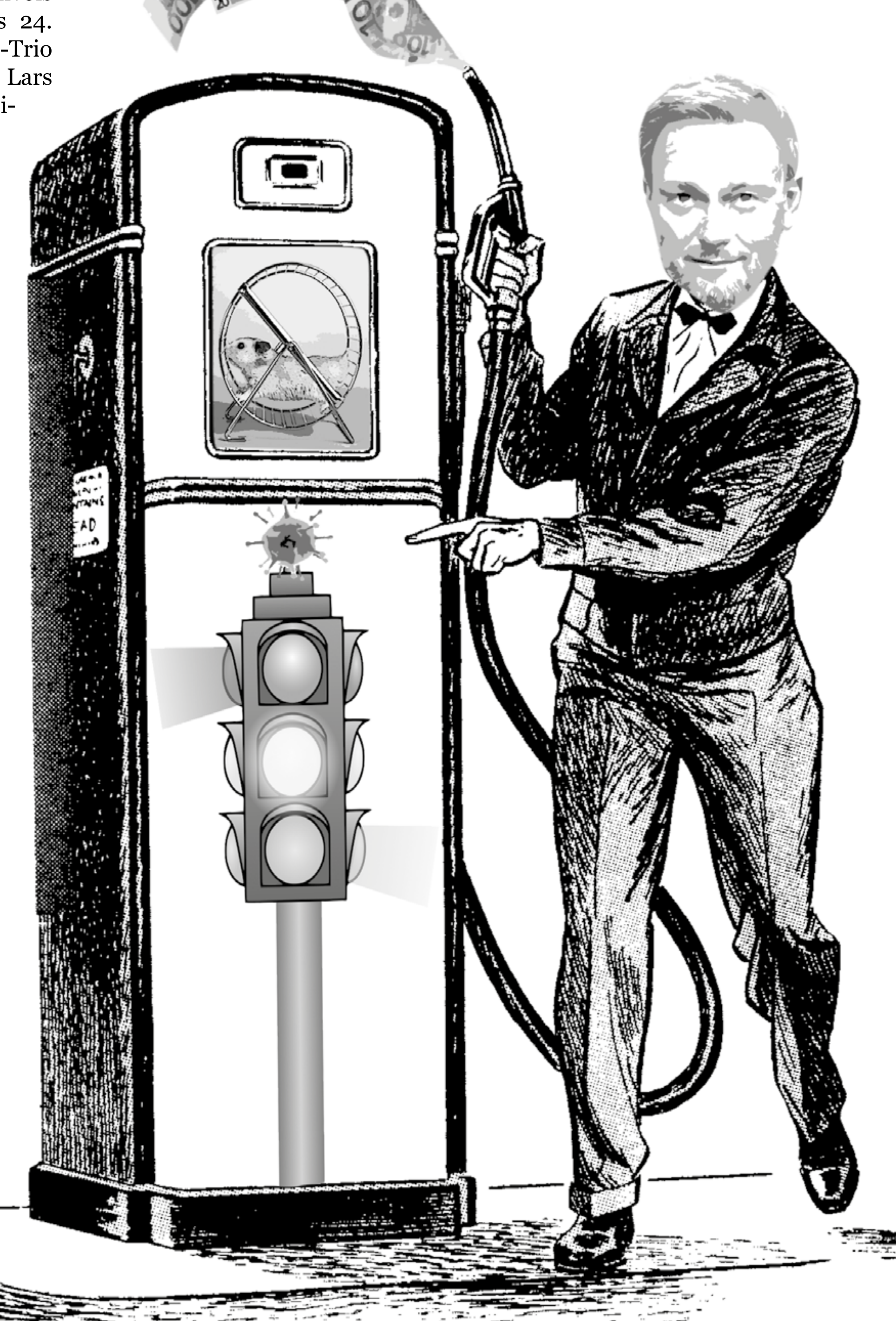
Die Ampel-Regierung schenkt den Verbrauchern Zuschüsse zum Benzinpreis, die der Verbraucher selber in Form von Steuern bezahlt hat. Genial. | Von Hermann Ploppa

Das ist wirklich nicht mehr lustig. Die Energiepreise sind im ersten Quartal dieses Jahres so gigantisch angestiegen, dass viele Leute langsam nicht mehr wissen, wie sie die ganze Party noch bezahlen sollen. Besonders schlimm ist der extreme Anstieg der Benzinpreise für Pendler. Wer jeden Tag viele Kilometer zur Arbeit und dann wieder zurück fahren muss, dem hilft auch eine bescheidene Erhöhung der Kilometerpauschale beim Finanzamt nichts mehr. Der muss an anderen Stellen seiner Ausgaben erhebliche Abstriche machen. Da entfällt dann möglicherweise die Urlaubsreise in den sonnigen Süden.

Nun hat auch die Ampel-Koalition dieses Problem erkannt. In der Nacht vom 23. auf den 24. März 2022 verhandelten die Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien elf Stunden lang, wie man den Druck aus dem Kessel nehmen kann. Bei der Spritfrage verstehen die Menschen draußen im Lande bekanntlich keinen Spaß. Schon formierten sich aus Protest die ersten LKW-Konvois in Deutschland. Am Morgen des 24. März dann trat das bizarre Ampel-Trio vor die Presse. SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil betonte natürlich soziale Erleichterungen für seine Klientel. FDP-Chef Christian Lindner verkündete Erleichterungen für seine Autofahrer-Gemeinde. Und die neue Grünen-Chefin Ricarda Lang betonte, dass jetzt der öffentliche Personen-Nahverkehr viel attraktiver geworden sei. Also: eine echte Win-Win-Situation?

FAKE-BROT UND ZIRKUSSPIELE

Insgesamt wird in den nächsten Monaten ein Füllhorn von 30 Milliarden Euro Erleichterung für das Wählervolk ausgeschüttet. Ganz vorne im Visier: Für jeden Liter Super-Benzin gibt es 30 Cent Steuernachlass, so dass dann der Autofahrer statt wie jetzt 2,20 Euro nur noch 1,90 Euro berappen muss. Wer vor Jahren den Einflüsterungen früherer Bundesregierungen gefolgt ist und sich einen Diesel-PKW gekauft hat, der wird jetzt bestraft. Früher war Dieselöl deutlich billiger als Benzin. Jetzt ist Dieselöl teurer. Und der Steuernachlass beträgt beim Diesel auch nur 14 Cent. Zudem bekommt jeder abhängig Beschäftigte eine einmalige Wohltat von 300 Euro, ausgezahlt über den Arbeitgeber. Warum Rentner aus diesem Füllhorn nichts bekommen, obwohl sie wohl mit am meisten unter der Teuerung zu leiden haben, bleibt ein gut gehütetes Geheimnis der Ampel-Leuchten. Ja, und Familien mit Kindern bekommen einmalig 100 Euro zusätzlich vom Staat. Ebenso ergeht es Sozialhilfe-Empfängern. Und als großes Leckerli für die grüne Klientel soll es für drei Monate ein einheitliches Pauschalticket für den öffentlichen Personen-Nahverkehr geben. Dann kann jeder für sage und schreibe 9 Euro pro Monat so viel Bahn, Bus, U-Bahn und Straßenbahn fahren wie er/sie möchte. Bei letzterem Angebot verlangten die völlig überraschten Ministerpräsidenten der Länder eine Zuweisung des Bundes in Höhe von 900 Millionen Euro.



Finanzminister Christian Lindner (FDP) lässt die Gewinne der Globalkonzerne sprudeln. *Collage: DW/Jill Sandjaja*

Damit einher geht auch gleich wieder eine weitere Stufe der energetischen Gebäudesanierung. Es sind in Zukunft nur noch Hausbauvorhaben der Effizienzklasse 55 erlaubt. Zweifellos ein Konjunkturgeschenk für die eigentlich nicht gerade unterbeschäftigte Baubranche. Kritik an dem Ampel-Geschenk wurde schnell laut. Die Linke kritisierte, dass die Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip an arm und reich gleichermaßen ausgegossen werden. Sozialverbände klagten, dass Rentner leer ausgehen. Und immer noch weiß keiner so genau, wann denn die Wohltaten überhaupt in Kraft gesetzt werden.

REIN IN DEN TOPF, RAUS AUS DEM TOPF

Doch es gibt hier noch grundlegendere Bedenken. Tatsächlich wird ja hier nicht einfach den geplagten Bürgern neues Geld geschenkt. Vielmehr bezahlen sie über ihre Steuern die Wohltaten. Rein in den Topf. Raus aus dem Topf. Am Grundübel ändert sich rein gar nichts. Denn selbst ein bekanntes Hamburger Boulevardblatt hat auf seiner Titelseite in dicken Lettern die Wahrheit ausgesprochen: Der extreme Preisanstieg bei Benzin und Diesel seit Jahresbeginn um etwa 60 Cent ist einzig und allein der Raffgier der globalen Mineralölkonzerne zuzuschreiben. Denn der Staat hat nicht seine Steuerabgaben in diesem Sektor erhöht. Und Putin war's auch nicht, da sind sich alle einig.

Und dann fällt ja auch auf, dass die Länder im Nordwesten Europas erheblich mehr für den Sprit bezahlen müssen als die Europäer im Südosten. Und dass man die Raffgier der Konzerne durchaus mit politischen Maßnahmen dekkeln kann, hat Ungarns Regierungschef Orban unter Beweis gestellt. Die Magyaren müssen nämlich nur 1,30 Euro für den Liter Super E5 bezahlen. Nicht anders sieht es in der Tschechei oder in der Slowakei aus. In Russland ist der Liter Superbenzin sogar für nur 0,42 Euro zu haben. Warum sind die verantwortlichen Politiker in den weitaus mächtigeren Staaten wie Deutschland oder Niederlande oder Frankreich nicht imstande oder willens, den Wucher an den Zapfsäulen per Dekret zu unterbinden?

DIE WIRKLICHE AGENDA HINTER DEN TEUERUNGEN

Wollen die Ampel-Koalitionäre den Menschen draußen im Lande vielleicht die Verbrenner-Autos vergraulen? Sollen die Deutschen mit sanfter Gewalt dazu gebracht werden, auf Elektroautos umzusteigen? Die Solidargemeinschaft der Steuerzahler gewährt sowieso schon jetzt jedem, der einen Neuwagen mit Elektroantrieb käuflich erwerben will, einen beachtlichen Zuschuss von 9.000 Euro. Auch wer ein so genanntes Hybrid-Auto erwirbt, bekommt von uns allen 6.750 Euro geschenkt. Allerdings fehlt es immer noch an der flächendekkenden Infrastruktur für Elektroautos. Mit den meisten E-Rasern kann man im Moment nur maximal 350 Kilometer mit einer Batterieladung zurücklegen. Und es gibt immer noch deutlich weniger Aufladestationen für E-Autos, als es Tankstellen gibt.

Die von dem Ampel-Trio entwickelten Lösungsansätze gegen die Wucherpreise an der Zapfsäule sind nichts weiter als geschickt eingezuckerte Steuersenkungen. Der Staat verzichtet auf Steuereinnahmen, die er doch eigentlich dringend benötigt. Nur damit der Wucher der Ölkonzerne weitergeführt werden kann. Der Staat wird also wieder einmal ausgeweidet bis der Insolvenzverwalter kommt. Das passt in das marktradikale Konzept der FDP. Und das passt in ein Konzept der Konfliktvermeidung mit den mächtigen Globalkonzernen. Pure Kosmetik. Ein großer Wurf sieht anders aus.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Verursacht der Ukraine-Krieg eine Hungersnot?

Weizen und Düngemittel werden knapp, weil Russland und die Ukraine sich im Krieg befinden. Das hat Auswirkungen für die Menschen in Afrika und Arabien. | Von Hermann Ploppa

Nervosität macht sich breit. Wie lange werden wir noch so etwas Selbstverständliches wie Brot essen können? Geht man in die Reformhäuser und Drogeriemärkte, dann sind die Regale für Weizen jetzt häufiger schon mal gähnend leer. Da fragt sich natürlich, ob die Regale nicht etwa leer sind, weil die Leute Hamsterkäufe machen.

In Deutschland ist das wohl der Fall. Denn 95 Prozent unseres Weizens stammt aus deutscher Landwirtschaft. So schnell wird der Brotkorb bei uns nicht veröden. Doch in anderen Gegenden, besonders in der arabischen Welt und am Horn von Afrika, da sieht die Lage ganz anders aus. Denn diese Länder importieren Weizen aus Russland und aus der Ukraine.

RUSSLAND UND UKRAINE LIEFERN NICHT MEHR

Russland hat die Getreideexporte und auch den Export von Düngemitteln einstweilen eingestellt, um die eigene Bevölkerung vor Nahrungsengpässen zu schützen. Die Angst vor Hungersnöten ist in der kollektiven Erinnerung der Russen noch präsent. Die Sowjetunion war noch auf Getreideimporte angewiesen. Das hat sich erst seit Putins Regentschaft umgekehrt. Ukraine und Russland bestreiten heutzutage 29 Prozent der weltweiten Getreideexporte. Die Ukraine ist jetzt kriegsbedingt gelähmt. Volle Speicher können nicht abgetragen werden, weil es an Kraftstoff für LKWs mangelt. Zudem sind die Schwarzmeerhäfen sowohl für Russland als auch für die Ukraine geschlossen.

HUNGERSNÖTE SIND VERMEIDBAR

In der globalisierten Wirtschaft hat die Unpässlichkeit der beiden Krieg führenden Staaten Auswirkungen in ganz anderen Ecken der Welt. Brasilien war abonniert auf den Import von russischem Dünger und steht jetzt auf dem Schlauch. In Ägypten fehlt russischer Weizen, sodass die Regierung die Subventionierung von Brot aufgrund rasant gestiegener Preise einschränken muss. Was wiederum erneute Hungerrevolten in der arabischen Welt wie im Jahre 2011 erwarten lässt.

Das ist das Bild, das die Medien als unmittelbare Folge des Krieges in der Ukraine zeichnen. Betrachtet man die Liste der größten Getreidehersteller der Welt, wird dieses Bild ein wenig relativiert. Größter Getreideproduzent ist die Volksrepublik China, gefolgt von den USA. Klassische Hungerländer wie Indien und Bangladesch sind mittlerweile selber zu bedeutenden Getreidelieferanten avanciert. Insgesamt hat die Getreideproduktion weltweit enorm zugenommen in den letzten Jahrzehnten. Wenn der politische Wille vorhanden wäre, den aktuellen Hungerkandidaten zu helfen, so gäbe es für Lieferungen genug Spielraum. Zum anderen kann man feststellen, dass der jetzt stattfindende drastische Preisanstieg schon im Januar 2021 begann, vermutlich verursacht durch die Lieferengpässe durch Corona. Vom Oktober 2019 bis Anfang 2021 stieg der Preis einer Tonne Weizen am Terminmarkt MATIF in Paris von 160 Euro auf 218 Euro an. Seitdem ist der Preis je Tonne auf jetzt 422,50 Euro hochgeschnellt. Auslöser waren 2021 Exportbegrenzungen durch Russland und Argentinien. Bemerkenswert ist hierbei, dass auch an der Warenterminbörse von Chicago der Weizenpreis genauso rasch nach oben schnellt wie in Paris – obwohl der amerikanische Markt von den Engpässen in Europa kaum betroffen ist. Der Preis von essentiellen Lebensmitteln wird heute – wie übrigens auch schon im 16. Jahrhundert – durch Wetten an den Börsen hochgetrieben.

NOTLEIDENDE STAATEN ERHALTEN WENIGER SPENDEN

Der Hunger wird auch jetzt beispielsweise im Jemen dramatisch verschlimmert. Zwei Drittel der jemenitischen Bevölkerung hungern. Der Staat Jemen ist durch den schmutzigen Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran vollständig pulverisiert. Hier können tatsächlich nur Spenden von außen ein vollständiges Hungersterben der Bevölkerung verhindern. Doch der weltweite »Spendenmarkt« ist in seinem Volumen weitgehend konstant. Und momentan wird aus diesem weltweiten Spendenmarkt das meiste Geld abgesogen für die Ukraine. Die notleidenden Regionen im Jemen, am Horn von Afrika und in der Sahelzone erhalten aufgrund dessen dramatisch weniger Zuwendungen.

Daraus ergeben sich für die Politik klare Forderungen. Erstens, die Warenterminbörsen müssen zumindest für die Zeit schwerer Nahrungskrisen geschlossen werden. Die Weltgemeinschaft müsste die Notversorgung befreit vom Profitsystem selber organisieren. Die Staaten haben sich aus der Notfallhilfe weitgehend zurückgezogen und haben diese Caritas den Nichtregierungsorganisationen überlassen. Die sind aber mit den Aufgaben eindeutig überfordert. Die Bundesregierung muss das Entwicklungshilfe-Budget wieder hochfahren, anstatt diese Mittel zugunsten der Aufrüstung herunterzufahren.

DIE NEUE WELTLEITWÄHRUNG

Bitcoin hat das Potenzial, den US-Dollar als weltweit anerkanntes Zahlungsmittel abzulösen.
Von Burak Erbasi



Bitcoin statt Bankensystem: Demokratin hat aus der Finanzkrise 2007/8 gelernt. Foto: privat

Im Jahre 2009 wurde die erste erfolgreiche Transaktion mit der anarchistischen Kryptowährung Bitcoin getätigt. Anfangs nutzten lediglich Computer-*Freaks* das neuartige Zahlungsmittel, nun interessieren sich Staaten für das digitale Gold. Sogar die ehemals Krypto-kritische Russische Föderation erwägt nun Exportprodukte gegen Bitcoin zu tauschen.

Für Szenekenner war es nur eine Frage der Zeit, bis Bitcoin auf globalem Level die ihm gebührende Anerkennung finden würde. El Salvador unter Präsident Nayib Bukele führte Ende letzten Jahres als erster Staat der Welt Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Experten sind sich sicher, dass sich vor allem auf dem afrikanischen Kontinent sehr bald Nachahmer finden werden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Bitcoin ist ein dezentrales, überstaatliches und unbestechliches Transaktionssystem, das die US-Zinsdollar-Knechtschaft ein für alle Mal beenden kann. Zudem sind alle Kriterien der klassischen Gelddefinition erfüllt: Es ist ein zuverlässiges und schnelles Zahlungsmittel, ein tendenziell deflationäres Wertaufbewahrungsmittel, und es fungiert auch als exakter Wertmaßstab.

UNABHÄNGIG UND DEZENTRAL

Die Schöpfung neuer Bitcoin-Einheiten geschieht nicht über eine zentralistisch kontrollierte Instanz, die per Knopfdruck Unmengen an Geld aus dem Nichts schöpfen kann – wie es bekanntlich von allen Zentralbanken hemmungslos praktiziert wird. Die Anzahl an *Coins*, die sich jemals theoretisch im Umlauf befinden können, ist auf 21 Millionen für immer festgelegt. Bitcoin ist somit ein an sich knappes Gut und dank des Verhältnisses des bestehenden Angebots zu der aktuellen Produktionsrate (*Stock to Flow*) auch eine wirklich harte Währung – anders als der US-Dollar oder der Euro. Das macht Bitcoin nun auch interessant für den globalen Handel. Statt mit inflationären Fremdwährungen herumzuhantieren oder Tonnen von Gold auf unwirtschaftliche Weise um den Globus auf Reise zu schicken, können Bilanzen auch elegant und kosteneffizient mit dem »digitalen Gold« ausgeglichen werden.

DIE EINZIGE ALTERNATIVE

Bitcoin ist nicht perfekt, aber er ist momentan die beste Alternative, von der die Demokratiebewegung großen Nutzen ziehen kann – denn die Tage des Bargelds sind gezählt. Mit Bitcoin lebt die anarchistische Idee, nicht von den Herrschenden abhängig sein zu müssen, sondern einfach die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Niemand wird uns etwas von oben schenken. Was hält uns eigentlich davon ab, heute noch ein eigenes kostenfreies Bitcoin-Konto herunterzuladen – zum Beispiel die Anwendung »Blockstream Green« – und die Freiheit der monetären Selbstbestimmung zu zelebrieren, indem man seine Freunde und Kollegen mit Bitcoin statt mit Euro bezahlt?


Burak Erbasi ist fester Chef vom Dienst in der DW-Redaktion und nebenbei freischaffender Künstler.

Neues von der Ostfront

Wasserversorgung, Tschernobyl, Verhandlungen und Impfdruck. Die Entwicklungen im Ukrainekrieg. | Von Felix Feistel

Immer wieder wird Russland Völkerrechtsbruch und grausames, unmenschliches Verhalten in der Ukraine vorgeworfen. Derweil macht sich das solchermaßen gescholtene Land daran, die Infrastruktur auf der Krim wiederherzustellen.

Nachdem bereits vor einiger Zeit die Trinkwasserversorgung der Halbinsel wieder angeschaltet wurde, gaben russische Behörden nun bekannt, dass auch das Kanalsystem wieder vollständig mit Wasser gefüllt worden ist. Demnach wurde der Nord-Krim-Kanal, der 85 Prozent der Süßwasserversorgung der Krim ausmacht, mit Wasser aus dem Dnjepr gefüllt. Die Wasserversorgung der Krim hängt vom ukrainischen Festland ab. Die Regierung in Kiew hatte die Insel schon nach dem Beitritt zu Russland von dieser Versorgung abgeschnitten und den Zulauf zum Kanal mit einem Damm gestoppt.

Mittlerweile verließen russische Truppen das Gebiet um das Kernkraftwerk Tschernobyl. Das teilte der Bürgermeister der naheliegenden Stadt Slawutitsch, Wolodymyr Udowytschenko, mit. Schon zu Beginn der militärischen Sonderoperation hatten russische Soldaten das Kraftwerk besetzt, wahrscheinlich weil hier Kapazitäten für die Herstellung atomwaffenfähigen Materials der Ukraine liegen. Die Stadt hingegen sei erst am Samstag den 26. März 2022 eingenommen worden. Nun hätten die Soldaten ihre Inspektion der Stadt beendet.

SCHULD SIND IMMER DIE ANDEREN

In den andauernden Kämpfen werfen die Ukraine und Russland sich gegenseitig vor, über die Maßen grausam in den Kämpfen vorzugehen. So macht die ukrainische Seite Russland für die immensen Schäden verantwortlich, die in einigen Städten wie Mariupol entstanden seien. Zudem erklärte das Büro des Bürgermeisters von Mariupol, dass seit Beginn der Belagerung der Stadt 5.000 Menschen gestorben seien. Etwa 90 Prozent der Stadt seien zudem zerstört worden. Die ukrainische Seite hatte jedoch ein Ultimatum Russlands, sich zu ergeben und die Stadt zu verlassen, abgelehnt. Hingegen kritisierte der Oberst der Einheiten des russischen Innenministeriums die Kampfmethoden der ukrainischen Armee. Ihm zufolge gingen sie gegen ihre eigene Bevölkerung vor. Die Kämpfer der nationalistischen Verbände nannte er zudem Unmenschen, die absichtlich aus Wohngebieten heraus operierten und auch Wohnhäuser beschössen.

Immer wieder wurde berichtet, dass die ukrainischen Soldaten humanitäre Korridore blockierten und das Feuer auf die fliehenden Zivilisten eröffneten.

Zudem kursiert zurzeit eine Videoaufnahme im Internet, die mutmaßlich ukrainische Soldaten zeigt, die russische Gefangene misshandeln. Sie versetzen ihnen schwere Schläge und schießen ihnen gezielt in die Beine. Sind die Aufnahmen echt, handelt es sich um ein Kriegsverbrechen seitens ukrainischer Soldaten. Allerdings wurden die Verantwortlichen mittlerweile von russischen Einheiten gefangen genommen, wie der russische Geheimdienst mitteilte. Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky seien bislang über 1.000 russische Soldaten gefangen genommen worden.

VIELVERSPRECHENDE VERHANDLUNGEN

Unterdessen ging am Dienstag, 29. März die dritte Verhandlungsrunde der beiden Konfliktparteien in Istanbul zu Ende. Die ukrainische Delegation hat sich zu einem neutralen Status im Gegenzug zu Sicherheitsgarantien bereit erklärt. Als Sicherheitsgaranten sollen alle fünf ständigen Mitglieder des Nato-Sicherheitsrates sowie einige andere Staaten, darunter Deutschland, fungieren. Die Sicherheitsgarantie solle dem Artikel 5 des Nato-Vertrages nachempfunden sein. Wird die Ukraine angegriffen, sollen die Sicherheitsgaranten binnen drei Tagen eine Flugverbotszone über der Ukraine einrichten, sowie Waffen liefern und militärische Hilfe leisten. Angaben der britischen Tageszeitung Financial Times zufolge soll Russland sich bereit erklärt haben, auf einige seiner Forderungen, darunter die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, zu verzichten.

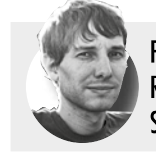
Die Zeitung berief sich dabei allerdings auf namentlich nicht näher genannte Quellen. Auch der Status der Donbass-Republiken und der Krim wurde in den Verhandlungen angesprochen. Die ukrainische Delegation hat dabei vorgeschlagen, die Gespräche über den Status der Krim über 15 Jahre zu führen, wobei sich beide Seiten verpflichten würden, nicht zu versuchen, den Streit militärisch zu lösen. Die Frage der Donbass-Republiken hingegen sollen die beiden Präsidenten persönlich besprechen.

Als Zeichen des Entgegenkommens gegenüber Kiew hat Moskau zudem angekündigt, die militärischen Aktivitäten in der Region Kiew und bei Tschernihiw »radikal« zu reduzieren. Die Gespräche in Istanbul seien »bedeutsam« gewesen, teilte der Chefunterhändler Russlands Wladimir Medinski mit. Beide Seiten äußerten sich zuversichtlich, dass nun ein Treffen der beiden Regierungschefs möglich erscheine.

KRIEG WIRD AUSGENUTZT FÜR ÜBERWACHUNGSDIGITALISIERUNG

Ein Aufatmen ist der ukrainischen Bevölkerung dabei jedoch noch nicht vergönnt. Denn in einem auf dem Internet-Kurzbriefübermittler Telegram kursierenden Video soll ein Sprecher der ukrainischen Regierung zu sehen sein, der ankündigt, Finanzhilfen für die ukrainische Bevölkerung nur gegen Vorlage eines Impfpasses und Ausweis mittels digitaler ID auszugeben, der eine Impfung gegen Sars-Cov-2 enthalte.

Damit führt die Ukraine beispielhaft vor, wohin die unter dem Corona-Regime ausgebaute Totalüberwachung im schlimmsten Fall führen kann. Sie kann das Überleben der Menschen an von der Regierung willkürlich aufgestellte Bedingungen knüpfen, unter anderem die, sich selbst an Leib und Leben gefährden zu müssen. Schon zuvor war bekannt geworden, dass die Ukraine ein Musterbeispiel für das Projekt der Digitalen Identität, sowie der Digitalen Zentralbankenwährung sei. Damit verdeutlicht das Land die gravierenden Folgen und den Verlust von Freiheit, die mit einem digitalen Regime verbunden sind, wie es sich derzeit auch in Deutschland etabliert.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



TRANSATLANTISCHES KRIEGSHETZERBLATT

Die unter »Corona« der Bestechlichkeit, Fälschung von Interviews sowie Lügen- und Verleumdungspropaganda überführte Nachrichtenillustrierte Spiegel ist nahtlos auf Nato-Kriegspropaganda eingestiegen – siehe kriegsverherrlichende Titelmontage links.

Die Nachrichtenillustrierte Spiegel hatte 2020 nachweislich ein Interview mit DW-Co-Herausgeber Professor Giorgio Agamben gefälscht sowie mindestens zweimal Bestechungsgelder des umstrittenen PC-Oligarchen Bill Gates in Millionenhöhe entgegengenommen. (ale)

MELDUNG

NOWAJA GASETA SETZT ERSCHEINEN AUS

Moskau/DW. Die russische regierungskritische Zeitung *Nowaja Gaseta* setzt ihr Erscheinen vorübergehend aus, weil sie Briefe von Behörden des russischen Staates bekam. Der Chefredakteur Dimitri Muratoff war vergangenes Jahr mit dem Friedensnobelpreis in Stockholm ausgezeichnet worden.

Das unter Corona auf Regierungslinie und Verleumdung der Opposition gleichgeschaltete Kriegshetzerblatt *taz* meldete dies am 28. März 2022 nach *AP*-Meldung wie folgt: »Die wichtigste unabhängige Zeitung in Russland, die *Nowaja Gaseta*, setzt ihr Erscheinen vorerst aus. Diese Entscheidung gelte bis zum Ende der russischen Militäraktion in der Ukraine, teilte die Zeitung am Montag in einer im Internet veröffentlichten Erklärung mit. Betroffen seien die gedruckte Zeitung, die Website und alle Aktivitäten in *Online*-Netzwerken.

Die *Nowaja Gaseta* gilt als wichtigste unabhängige Zeitung in Russland. Ihr Chefredakteur Dmitri Muratow war wegen seiner Verdienste um die Meinungsfreiheit im vergangenen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.« (ale)

RUSSLAND MIT ZAHLEN TOTER SOLDATEN

Moskau/DW. Wie der Leiter der Hauptoperationsdirektion des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, Generaloberst Sergei Rudskoy, am 25. März 2022 bekanntgab, wurden während der »Militärischen Sonderoperation« in der Ukraine 1.351 russische Soldaten getötet und 3.825 verletzt.

Von ukrainischer Seite war zuletzt zu vernehmen, mindestens 15.000 russische Soldaten und um die 1.500 ukrainische Soldaten seien jeweils getötet worden. Laut UNO vom 22. März sind 977 Zivilisten durch Kriegshandlungen ums Leben gekommen. Es gibt zu allem unterschiedliche Angaben, keine ist derzeit überprüfbar. (ale)

FRIEREN FÜR DEN KRIEG

Berlin/DW. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrün) gab am Mittwoch, den 30. März 2022 bekannt, dass sich die deutschen Bürger auf ein Abstellen der Gaszufuhr aus Russland vorbereiten sollen. Am gleichen Tag rief er laut Medienberichten die Frühwarnstufe des sogenannten Notfallplans Gas aus. Habeck forderte in der ARD die Bürger zu Verzicht und nationalen Zusammenhalt auf. Das Abschneiden Deutschlands vom russischen Erdgas ist seit Jahren Nato- und US-Strategie. (hes)

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | Danke! Auf zum 7. April nach Berlin! | Von Anselm Lenz



Die politmediale Kaste hat uns im Verbund mit Konzernoligarchen über zwei Jahre lang nach Strich und Faden belogen und betrogen – und furchtbarste Verwerfungen insbesondere für Kinder, Jugendliche, Studenten und Ältere herbeigeführt. Das »Impf«-Regime, mit dem seit 27. Dezember 2020 auf uns Menschen losgegangen wird, hat keiner einzigen Krankheit, nicht mal einem Schnupfen, abgeholfen, sondern ausschließlich Tod und Verderben gebracht.

Es ist absolut zweifelsfrei bewiesen, dass es bei der »Impf«-Kampagne niemals darum ging, Menschen vor der Corona-Grippe zu schützen, sondern um etwas ganz anderes. Dies wurde in Form von Überwachungspässen, Segregation bis hin zur Apartheid, Spaltung, Unterdrükkung, Terror von Seiten des Staates und Massenmord in genozidalen Dimensionen auch bundesweit sichtbar.

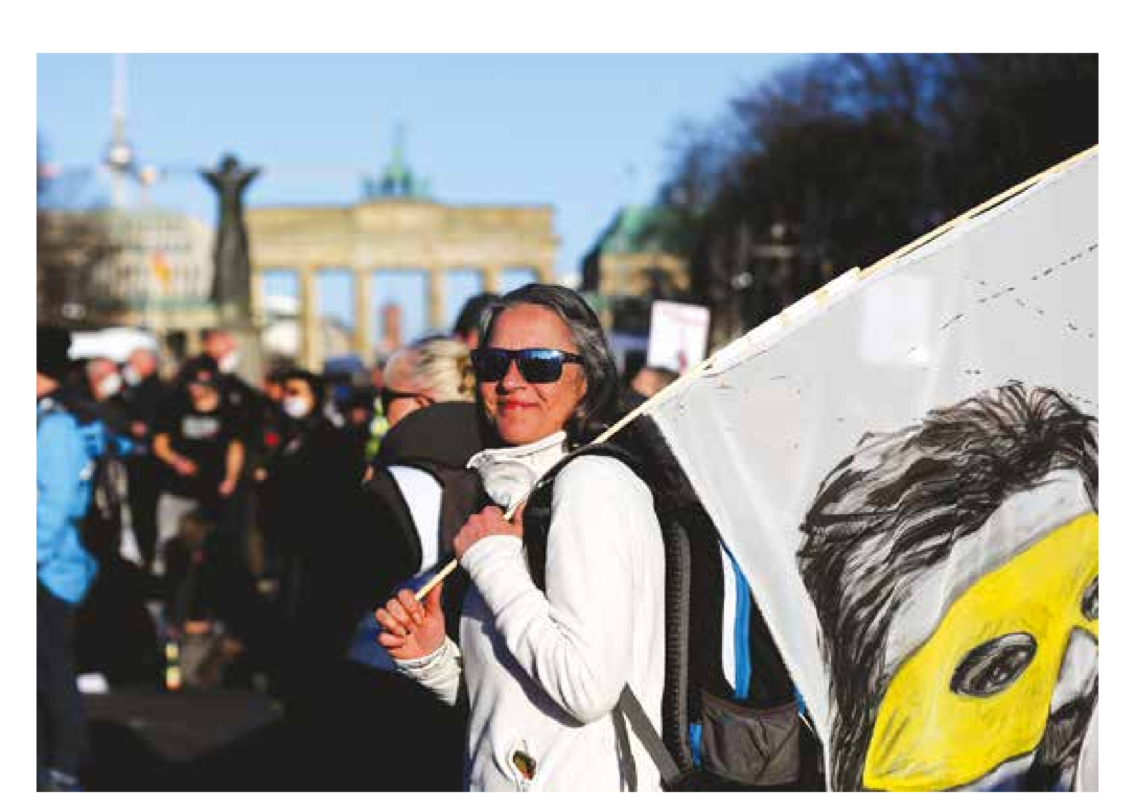
Diesem neofaschistischen und militaristischen Blutzoll gegenüber steht kein einziger positiver Effekt, auch wenn Bundeskanzler Olaf Scholz zum Thema der sogenannten »Impfung«, die keine ist, mitteilte, »der Nutzen ist sehr groß«. Um welchen »Nutzen« es geht und für wen dieses »cui bono« – wem nützt es – gilt, bleibt nach offiziellen Angaben weiter hinter dem umfassendsten Lügenregime der Weltgeschichte verborgen. Der »Great Reset« des sogenannten Weltwirtschaftsforums ist keine gute Sache für 99 Prozent der Erde und er ist demokratisch nicht legitimiert.

Haben wir Menschen und Staatsbürger also Anlass, unserer politmedialen Kaste blind zu vertrauen, obwohl wir alle wissen – oder wissen können –, dass wir belogen werden? Warum sollten wir überhaupt eine solche Lüge akzeptieren? Wieso sollten Regierungsmitglieder und Konzernoligarchen uns überhaupt anlügen müssen, wenn sie doch nur herzensgute Pläne verfolgen, die so prima sind, dass das einfach alle wollen sollten?

Die Wahrheit ist ein Wert an sich! Und selbst wenn hinter der Corona-Lüge eine Technologie zu Tage treten sollte, die den Krebs besiegt – von so etwas war bislang noch nie die Rede, nichts deutet darauf hin, ich sage nur ein gutes humanistisches Ziel, gegen das wohl kaum jemand etwas einzuwenden hätte – auch dann besteht keine Möglichkeit, die Menschheit dermaßen anzulügen. Und wie es scheint, sind ja nicht mal die Bundestagsabgeordneten in die Wahrheit hinter der Corona-Lüge eingeweiht worden. Die Herde der 700 vermeintlichen Volksvertreter lässt sich von gleichgeschalteten Konzernmedien an die – und wenn es schlecht läuft, womöglich auch in die – Urne treiben. Zunächst zur Stimmabgabe.

Es ist trotzdem keinesfalls sicher, dass die geistig und seelisch »hochbegabten« Parteifunktionäre in unser aller Parlament am Donnerstag mehrheitlich für die »Zwangs«-Impfung stimmen. Dass dabei auf eigene charakterliche Tauglichkeit zu hoffen wäre, muss wohl bei der größten Zahl ausgeschlossen werden. Auch Anrufe in Abgeordnetenbüros haben wohl wenig Einfluss.

Der Rechtsanwalt und Journalist der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, Markus Haintz, plädiert darauf, sich einen Termin bei Abgeordneten des Bundestages im Wahlkreis geben zu lassen und im Gespräch vorzutragen, warum man den jeweiligen Abgeordneten dringend dazu aufruft, gegen das Gesetz zum »Impf«-Zwang zu stimmen.



Es ist durchaus möglich, dass das Gesetz nicht durchkommt. Sicher werden bei den Gehirngewaschenen kaum Sachargumente und der Verweis auf die vielen Getöteten und Geschädigten helfen, die sind den deutschen Abgeordneten einfach völlig egal. Aber die Tatsache, dass 22 Länder deren »Impf«-Kampagne aufgegeben haben, darunter eben die genannten skandinavischen Länder, dass Deutschland einen schlimmen Sonderweg geht und droht, abgehängt zu werden, das könnte einen Effekt bei den deutschen Talenten im Parlament haben. In den USA und Kanada ist das Bild auch längst gekippt. In den USA hat sich der »Corona«-Kult nie ganz durchgesetzt.

WAS TUN, WENN SIE DEN »IMPF«-ZWANG BESCHLIESSEN?

Seit Dienstag kursieren Aufrufe, die zum totalen Widerstand nach Artikel 1 des Grundgesetzes und Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes aufrufen, für den Fall, dass der »Impf«-Zwang am 7. April beschlossen werden sollte. Ab 6. April finden in unser aller Bundeshauptstadt angemeldete Familiendemos statt.

Dazu meine ich: Die Einführung eines militaristischen und nazistischen »Impf«-Zwanges mit den schädlichen Substanzen, die bereits heute Todesopfer in der Größenordnung eines Genozids gezeitigt haben, ist absolut ausgeschlossen und kann meines Erachtens niemals und unter keinen Umständen hingenommen werden. Da zwei Jahre friedlicher Demokratiebewegung mit mehreren Millionen Aktiven zwar in sich und für uns sehr erfolgreich waren (ohne jeden Zweifel die zahlenmäßig größte und zeitlich langanhaltendste Bewegung aller Jahrhunderte), aber die politmediale Kaste auf ihrem Sonderweg lediglich bremsen konnte, sie aber nicht von ihrem wahnhaften Ziel (das sie selber kaum kennen) abbrachte, kann ich persönlich es niemandem verübeln, wenn er zur Verteidigung von sich selbst, seiner Familie und seinen Freunden sich nun auf alles vorbereitet.

Ich rede nicht davon, unser aller Land tiefer ins Chaos zu stürzen, sondern von jenen Abwehrrechten für sich selbst und unsere Gemeinschaft, die in Artikel 1, Artikel 8 und Artikel 20 Absatz 4 kodifiziert sind – und jedem Menschen naturrechtlich und als durchaus zivilisierter Akt zustehen.

Zum Schluss zitiere ich Professor Giorgio Agamben, der als Co-Herausgeber meiner Zeitung Demokratischer Widerstand, die seit 17. April 2020 wöchentlich erscheint, für mich seit zwei Jahrzehnten eine der wichtigsten Stimmen überhaupt war – und umso mehr ist. Unter dem Corona-Putsch schrieb er bereits im Juni 2020:

»Die Ausbreitung des Gesundheitsterrors benötigte ein lückenlos gleichgeschaltetes Mediensystem, das sich jedoch in dieser Form nur schwer aufrechterhalten lässt. (...) Würden sie die Gefahr nicht wittern, hätten sie niemals zu so drastischen und inhumanen Maßnahmen gegriffen, wie wir sie heute gewärtigen. Seit Jahrzehnten erleben wir die fortschreitende Legitimitätskrise der institutionellen Mächte, die diese durch die Schaffung eines dauerhaften Notstands und das daraus hervorgehende Sicherheitsbedürfnis einzudämmen versuchen.

Eines ist klar: Es werden neue Widerstandsformen erforderlich sein. Ihnen sollen sich alle jene vorbehaltlos anschließen, die an der Idee einer zukünftigen Politik festhalten.« (Agamben, Juni 2020)

Agamben geht hier also auch darauf ein, dass wir in der Demokratiebewegung keine Gesichtskontrolle machen, mit wem wir für Nürnberger Kodex, Menschenrecht, Grundgesetz und die Überwindung der Legitimitätskrise durch unsere Verfassungserneuerung von unten vorangehen. Das Fünf-Punkte-Programm besteht seit März 2020 und ist seither auf NichtOhneUns.de zu lesen. Es ist ein Angebot an uns alle, keine Bürde.



Demokraten in Berlin machen klar, dass mit ihnen kein Horror-Regime zu machen ist.
Fotos auf diesen Seiten: Hannes Henkelmann





FÜNF MINUTEN RESIGNATION

Zwei Jahre Demokratiebewegung. | Von Hendrik Sodenkamp

Seit genau zwei Jahren gibt es nun die Demokratiebewegung. Am 28. März 2020 gingen wir auf den Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, um Grundgesetze zu verteilen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich noch die Überzeugung, dass der Spuk in wenigen Wochen vorbei sein würde.

Es meldeten sich umgehend die *Bild*-Zeitung und die *taz*. Die eine denunzierte uns als Kreml-Propagandisten, die den Corona-Aufruf probten, die andere belegte uns mit dem Begriff »Verschwörungstheoretiker«, um die damals noch unentschiedene Linke abzuschrecken. Aber es gab auch noch Interviewanfragen und Beiträge von Medien, die damals noch offen waren. Es gab also noch Anlass zur Hoffnung, dass die zivile Republik den Virus-Schreck überwinden könnte und sich eine kritische Öffentlichkeit zur Regierungspolitik innerhalb des Systems bilden könnte.

Jeden Samstag gingen wir zu top-hygienischen Spaziergängen. Jede Woche kamen mehr Menschen. Die Polizei ging von Anfang an, und dabei noch zunehmend, mit Härte gegen uns vor. Die Hoffnung auf ein baldiges Ende verflüchtigten sich. Die sogenannte erste Welle ebbte ab und die Maskenpflicht wurde eingeführt, als Erinnerung und Zeichen dafür, dass die Pandemie nicht vorbei sei, wie es ganz offen von Bundeskanzlerin Merkel und Entourage gesagt wurde. Das verstanden die Medienbetriebe richtigerweise als Auftrag und berichteten von da an, dass die Masken, deren »Daten sehr schlecht« waren (Christian Drosten), doch helfen würden.

WIDERSTAND VON DER BASIS

Deutschlandweit hatte sich über die Internetseite *nichtohneuns.de* ein dezentrales Netzwerk gebildet. Jeden Samstag gingen in ganz Deutschland die Menschen auf den Marktplatz. In Stuttgart übernahm Michael Ballweg schnell die Organisation und schaffte es Ende April und Anfang Mai, dass Tausende sich auch legal versammeln konnten. Immer noch war es nicht ausgemacht, dass sich nicht doch noch Medienbetriebe und Oppositionsparteien aus der Einheitsfront lösen würden. Teile der Justiz waren noch nicht in Gänze gleichgeschaltet.

Dann kamen die Augustdemonstrationen. Millionen gingen auf die Straße. Und die Presse berichtete von 17.000, nachdem selbst die Polizisten vor Ort von 700.000 gesprochen hatten. So machten sie klar: Wir können so viele sein, wie wir wollen, wir werden in den Augen der Macht immer nur als »kleine Minderheit« behandelt werden.

Sie zogen das Regime einfach weiter durch. Erste Oppositionelle verließen das Land. Die Partei AfD artikulierte Positionen der Demokratiebewegung im Bundestag. Das war gut. Und es wurde benutzt, um die Demokratiebewegung als »rechts« unschädlich in eine Ecke zu stellen, um die offenen Fragen nicht mehr beachten zu müssen.

TOTALES VERSAGEN DER GEWALTENTEILUNG

Blieb noch die Hoffnung auf den Rechtsstaat. Demokratische Anwälte argumentierten klug und nachvollziehbar – beispielsweise, dass Masken arbeitsschutzrechtlichen Auflagen unterworfen sind und man sie dort nur einige Stunden tragen darf, mit Pausen dazwischen und mit einer bestimmten Anzahl von Tagen in der Woche. Kinder die Masken jedoch ununterbrochen tragen müssen. Alle grundlegenden Klagen wurden abgewiesen. So kam im November 2020 das Infektionsschutzgesetz zustande. Die Beerdigung des Rechtsstaats. Nach der vergeblichen Hoffnung auf das Parlament, die Öffentlichkeit, die ausführenden Beamten, brach auch diese Säule weg. Im Dezember 2020 startete dann diese wahnhafte Spritzenkampagne. Ich selber hatte noch im Sommer eine solche als vollkommen unrealistisch abgetan: »Ach Quatsch, die Impfstoffentwicklung dauert in der Regel zehn bis zwölf Jahre. Das werden sie nicht tun, und die Leute werden da niemals mitmachen.« Ich war ehrlich gesagt naiv. Sie zogen die Kampagne durch. Die Menschen machten mit. Ehrlich gesagt: Auf diesen Zivilisationsbruch haben wir alle nicht mehr auf der Höhe reagiert. Schon früh kamen die Zeichen, dass bei der Injektion erhebliche Nebenwirkungen auftraten. Pathologen berichteten von Toten, Opfer mit Lähmungen wurden gezeigt. Das Spritzen ging einfach weiter. Die Demokratiebewegung war wie gelähmt, und wir guckten ins Ausland. Frankreich, Großbritannien, die USA, Italien, Österreich. Überall waren die Städte voll, während wir schon desillusioniert waren. Demonstrationen wie Pfingsten in Berlin scheiterten und Regierungspropagandisten beschworen das Ende der Demokratiebewegung.

DAS ENDLOSE NOTSTANDS-REGIME

Dann kam Olaf Scholz (SPD), die Ankündigung der Zwangsspritze und dass es keine Rote Linien mehr gebe. Wieder gingen im Winter 2021/22 Hunderttausende in Deutschland auf die Straße. Wieder waren es nur Rechtsradikale. Die Tyrannei der Ungeimpften, »eine kleine, enthemmte radikale Minderheit«. Doch die Story bröckelte. Die Propagandafront war nicht mehr geschlossen zu halten. Es schien, als sei ein Ende des Notstands-Regimes in Sicht. Und dann kam der Krieg.

Jetzt haben wir eine Impfzwangsentscheidung vor uns. Und die Frage, ob wir morgen noch eine funktionierende Heizung haben. Der Notstand soll anscheinend nie enden. Es wäre für die Regierung ein Leichtes auf Diplomatie und Gespräch zu setzen, heute genauso wie vor zwei Jahren. Aber unsere Eliten wollen ins Wasser gehen und alle sollen mit.

Nach zwei Jahren der Stärke und der Zuversicht, sei die Frage gestattet: Was hat der Widerstand gebracht? Wie halten wir diese mörderische Maschine auf? Ich freue mich ehrlich über überzeugende Antworten.





DIE IDEOLOGISCHE DESINFIZIERUNG DER KULTUR

Ein Gespräch in der DW-Redaktion zum kulturellen Reinheitswahn.

Von Anke Behrend, Burak Erbasi und Nicolas Riedl



Basisdemokratinnen appellieren an die Verunft. *Foto: Sandra Doornbos*

Burak Erbasi: »Cancel Culture«, »Cultural Appropriation« und »Corona Pandemie«: Sehr geschätzte Kollegen Riedl und Behrend, schwurble ich wieder nur wild herum, wenn ich bei diesen kernig mit C anfangenden Kampfbegriffen auch einen gemeinsamen ideologischen Kern vermute?

Nicolas Riedl: Nein, geschätzter Kollege Erbasi, diese drei Cs haben nicht nur einen Kern im Hinblick auf den Anfangsbuchstaben. Allen drei Themenfeldern liegt eine gefährliche Idee von absoluter Reinheit zu Grunde. Ging es bei Corona um die Reinheit von jedweden – auch überlebensnotwendigen – Keimen, können wir den hypochondrischen Reinheitswahn auch in der Kultur beobachten. Die Cancel Culture beschreibt eine auf Eierschalen laufende Kultur, die von alledem getilgt wird, was die zarten Gemüter der woken Social-Justice-Warrior (politisch wache Soziale-Gerechtigkeitskrieger) »triggern« könnte. Auch der Cultural Appropriaton, also der kulturellen Aneignung liegt ein gefährlicher Reinheitsgedanke zugrunde, wie die Publizistin Judith Sevinç Basad in ihrem Werk »Schäm dich!« dargelegt hat: »Keine Kultur ist mehr wert als die andere, lautet hier die Agenda, aber jede Kultur hat ihren eigenen angestammten Platz, an dem sie besser bleiben soll. Denn es darf zwischen den Kulturen keine Vermischung geben.« (Basad, 2021 | 82). Auch das Büchlein »Generation beleidigt« von Carolin Fourest sei an dieser Stelle empfohlen. Bestimmte kulturelle Elemente – Kleidungsstücke, Frisuren, Tänze, Gesänge, Kochgerichte oder Rituale – dürften demnach nur noch von jenen verwendet und praktiziert werden, die genuin jener Kultur angehören. Bereits bei der Zuordnung und Rückverfolgung der Angehörigkeit zeigt sich die Abstrusität dieses Gedankens.

Burak Erbasi: Höchst interessant. In ihrem Song »Testament« beklagt Sarah Lesch – eine vor der neuen Zeitrechnung von mir angehimmelte »alternative« links-öko-Liedermacherin – die systemkonforme Konditionierung der Kinder: »Am Ende gibt's wieder ganz neue Symptome, und ihr wart die Erfinder. Und dann sagt ihnen wieder, wie es richtig geht«. An einer anderen Stelle: »Ihr Traumverkäufer, Symptomdesigner. Merkt ihr noch, was passiert?« Nun frage ich mich, nachdem Lesch unkritisch im Pandemie-Zirkus mitgespielt hat und sich jetzt unter dem Druck der Kultur-Amokläufer ihre wunderschönen Filzlocken abschneidet, um nicht als weiße Rassistin zu gelten: Wieso merkt sie nicht, was gerade passiert? Was verursacht ihre Unterwürfigkeits-Symptome, die ihren freiheitlichen Geist eingesperrt halten. Oder war sie nie wirklich ein Freigeist?

Anke Behrend: Leschs neuestes Album heißt Triggerwarnung. Ich gehe davon aus, dass sie sich mit dem Konzept beschäftigt hat. Aber, »Was siehst du den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge?« Das Pandemie-Narrativ scheint die Selbstreflexion zu verstellen. Für mich bedienen sowohl Cancel Culture als auch Corona den naiven Wunsch nach schlichten Lösungen – einfach verbieten! – nach Gutsein und nach Anerkennung durch die Gemeinschaft. Gleichzeitig kommen niedere Instinkte zum Vorschein. Das »Böse« einfach canceln können im Namen anderer, vulnerabler oder diskriminierter Gruppen. Bezeichnend für alle drei Cs: Es geht immer um Feelings und nur selten um Fakten.

Nicolas Riedl: Was wir hier beobachten können, ist eine »geistige« Strömung, die von den amerikanischen Universitäten allmählich nach Europa herüberschwappt. Derzeit ist es noch schwer abzuschätzen, welche Ziele damit verfolgt werden sollen. Es zeichnet sich dennoch schon jetzt ab, dass die Meinungsfreiheit damit untergraben wird, die Möglichkeiten geraubt werden, sich gedanklich frei und mündig zu entfalten und ungezwungen und ohne gedankliche Schranken im Kopf die Welt zu entdecken.

Burak Erbasi: Vielleicht, aber vielleicht auch nicht, hat all das ja wieder mit der Neugestaltung des Menschen zu tun, einer von außen erzwungenen Kulturrevolution – genauer, eine neu definierte Moral für die Untertanen soll entstehen, um sie berechenbar und kontrollierbar zu machen. War es nicht schon immer so, dass die Mächtigen danach trachteten, zum einen über den Körper zu verfügen und zum anderen die Gedanken des Menschen zu lenken? Nun beobachten wir unverkennbar eine Verschmelzung der staatlichen und geistlichen Macht hin zu einer allwissenden und allmächtigen, gleichzeitig opaken Entität, welche gottgleich uns vorschreiben soll, wie wir zu denken und zu leben haben. Der Leviathan'sche Organismus soll indes von störenden Elementen – also jenen, die sich nicht unterwerfen möchten – entledigt werden.



DIENER BELIALS

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Im Alten Testament gilt Belial als der Inbegriff der Niedertracht und Nichtsnutzigkeit. Er verkörpert ein abgrundtief böses Prinzip, das die von Gott seit der Schöpfung garantierten Ordnungen menschlichen und gesellschaftlichen Lebens zu zerstören sucht. Daher ist es gefährlich, sich mit Leuten einzulassen, die wie Belial denken und handeln. David bezeichnet sie als »weggeworfene Dornen, die man nicht in die Hand nimmt« (2. Samuel 23,6).

Im Jahr 1723 verarbeitet J. S. Bach das Belialsmotiv musikalisch in der Kantate »Ein ungefärbt Gemüte«: »Die Heuchelei ist eine Brut, die Belial gehekket. Wer sich in ihre Larve stecket, der trägt des Teufels Liberei«(Mit Liberei ist die Livree gemeint, eine uniformartige Kleidung für Dienstpersonal). Heute, fast 300 Jahre später, sind die livrierten Diener Belials allgegenwärtig: Wir erinnern uns an ihre Auftritte vor der Bundestagswahl im letzten Herbst, als sie die Impfpflicht, die sie jetzt so vehement einfordern, noch kategorisch verneinten. Sie scheuen sich nicht, in Allgemeinverfügungen friedlichen Spaziergängern rechtswidrig mit dem Einsatz von Schusswaffen zu drohen.

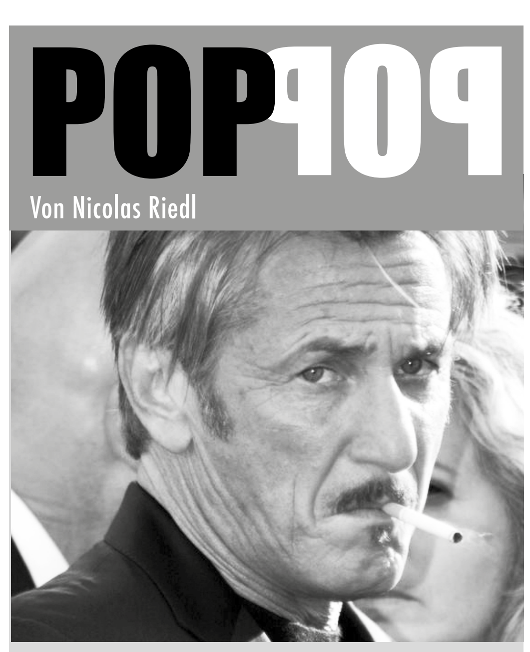
Als Verfasser kruder Corona-Verordnungen lassen sie nicht davon ab, uns und unseren Kindern ungeachtet des Freedom-Day weiterhin Masken und Tests aufzunötigen. Einige von ihnen sind nun von dem perfiden Gedanken beseelt, die Krankenkassen zu verpflichten, impfunwillige Mitglieder an die Bußgeldstellen zu melden.

Trotz dieser Umstände ein »ungefärbt Gemüte« zu bewahren, ist die Herausforderung dieser Tage. David war ein Experte im Umgang mit nutzlosen Dornen: »Der Mann, der sie anrühren muss, wappnet sich mit Eisen oder Speerschaft; und sie werden vollständig mit Feuer verbrannt an ihrem Ort« (2. Samuel 23,7). Der Mann, der dies vermag, heißt Jesus Christus. Und so ist das Gebet, mit dem die Kantate endet, auch mein Gebet: »O Gott ... gesunden Leib gib mir, und dass in solchem Leib eine unverletzte Seele und rein Gewissen bleib.«

Der Autor ist Vater von drei Kindern und SAP-Berater; er wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. (youtube.com/c/Antipas1)

POP POP

Von Nicolas Riedl

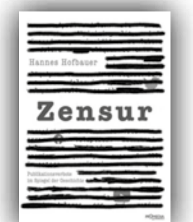


Ein Promi-Wachhund des genozidalen Regimes. *Foto: gemeinfrei*

BOYKOTT-MEISTER SEAN PENN

Ob Corona oder Ukraine-Krieg – wird nicht nach seiner Pfeife getanzt, dann droht er mit dem Fernbleiben seiner Person. Schauspieler Sean Penn (62) zeigte unbeugsam im Kampf für das wie auch immer geartete »Gute«. Am Filmset sind nicht alle »geimpft«? Dann können die Kameras ohne ihn laufen. Seine Haltung brachte er im Zuge der Oscar-Verleihung am vergangenen Sonntag abermals zum Ausdruck. Sollte der ukrainische Präsident Selenskyj dort nicht zugeschaltet werden, dann sollten – so Penn – die Academy Awards boykottiert werden.

DW-BESTSELLERLISTE
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin


Zensur.
Hannes Hofbauer
Pro Media
978-3-85371-497-3


Das Deutsch-Russische Jahrhundert.
Geschichte einer besonderen Beziehung
Stefan Creuzberger
Rowohlt Verlag
978-3-498-04703-0


China und die Seidenstraße.
Kultur und Geschichte von der früheren Kaiserzeit bis zur Gegenwart
Thomas O. Höllmann
Beck C.H.
978-3-406-78166-7


Die seltsamsten Menschen der Welt.
Wie der Westen reichlich sonderbar und besonders reich wurde
Joseph Henrich
Suhrkamp
978-3-518-58780-5


Die Rettung unserer psychischen Gesundheit.
Wie wir jetzt die Kurve kriegen
Annemarie Jost
Frank & Timme
978-3-7329-0853-0


Schäm dich!
Wie Ideologinnen und Ideologen bestimmen, was gut und böse ist
Judith Sevinç Basad
Westend
978-3-86489-212-7


Generation beleidigt.
Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei
Caroline Fourest
Edition Tiamat
978-3-89320-266-9


Die Zähmung des Menschen.
Warum Gewalt uns friedlicher gemacht hat - Eine neue Geschichte der Menschwerdung
Richard Wrangham
DVA
978-3-421-04753-3


Gegenrevolution.
Der Kampf der Regierung gegen die eigenen Bürger
Bernhard E. Harcourt
Fischer
978-3-596-37078-8


Analytik der Macht.
Michel Foucault
Suhrkamp
978-3-5182-9359-1

Wenn die Lüge zu groß wird

Von Anselm Lenz

Die zweite Jahreschronik der Bewegung ist da! Professor Klaus-Jürgen Bruder kommt – und das zweite Schwarzbuch!

Wir sind stolz und glücklich, die zahlenmäßig größte, langanhaltendste, international verbundene Erhebung in der Geschichte dokumentieren zu dürfen. Das zweite Jahresheft *Demokratischer Widerstand* 2021/2022 erscheint mit 148 Seiten in voller Farbenpracht. Die Fotografen Sandra Doornbos, Gerd Danigel und Hannes Henkelmann haben die besten Fotos freigegeben.

Casey Koneth in der Magazin-Chefinnenredaktion hat ausgezeichnete neue Beiträge und Interviews von und mit Daniele Ganser und Ken Jebsen bekommen. Der Schweizer Historiker und der Berliner Journalist stehen wie wenige für einen unabhängigen Blick auf die Wirklichkeit.

Das DW-Magazin gibt auch lebensmäßige Ausblicke über Wege aus Krieg und Krise. Denn die Verfassungserneuerung durch uns, von unten, für unser Deutschland, ist nur der politische Modus. Das weltberühmte Zitat der mutigen Rosa Luxemburg auf dem


Der renommierte Psychoanalytiker Prof. Klaus-Jürgen Bruder kommt gleich zweimal im S&L-Verlag. *Foto: Louise Lenz*

Titel steht für alle, die sich nicht durch Kriegstreiberei, Lüge, Unterdrückung und Ausbeutung niederhalten lassen: Gestern, heute, morgen.

Das Magazin ist ab heute über unsere Seiten im Netz zu beziehen, mit der ISBN 978-3-9822745-4-6 im Handel. In der kommenden Ausgabe #DW86 stellen wir die neuen Buchtitel bei S&L von Professor Klaus-Jürgen Bruder et alia vor sowie das Schwarzbuch Corona, zweiter Band. – Faul sind wir derzeit wahrlich nicht. Viel viel Arbeit mit der Bahnung der Bewegung. Oft aber auch ein Glück. Wenn es nämlich dank der Vielen und Klugen so gut gelingt. Danke!



SPORT MIT BERTHOLD

SPORTFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND?

Dem deutschen Sprinter Armin Hary gelang es 1958 als erstem Menschen, den 100-Meter-Lauf in 10,0-Sekunden zu laufen. Ein Wert, der bis heute das menschliche Maximum markiert und nur unter besonderen Umständen einen Hauch überboten werden kann. Hary wurde zweimal Olympiasieger. Am 22. März ist Hary 85 Jahre alt geworden, ohne Spritze und Doping.

Der gewollte Niedergang des deutschen Sports wird bei den großen Turnieren sichtbar. Die Spitze, insbesondere bei der Leichtathletik, rückt in immer weitere Ferne. Doch das Potenzial war immer da, siehe Hary. Die schwache Sportförderung in den vergangenen drei Jahrzehnten ist das Spiegelbild unserer Gesellschaft.

Eine Frage der gesellschaftlichen Kultur und der Politik! Es wird vom Innenministerium viel zu wenig Geld für den Spitzensport freigemacht. Ein besseres Beispiel ist England. Aus dem Toto-Lotto-System fließen Milliarden in den Spitzensport, in Förderung und Strukturen, in Trainer und Programme.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE MENSCHHEIT MUSS DEM KRIEG EIN ENDE SETZEN, ODER DER KRIEG SETZT DER MENSCHHEIT EIN ENDE. JOHN F. KENNEDY

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 85. Ausgabe ab Samstag, 2. April 2022. | Redaktionsschluss war am 31. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 86 erscheint am 16. April 2022.